Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer fünftheiligen Zeile in Petitschrift 1½ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint

Nr. 52. Mittag-Ausgabe. Neunundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Freitag, den 31. Januar 1868.

Deutschland.

O. K. C. Landtags-Verhandlungen.

Berlin, 30. Januar.

39. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministertisch Frhr. v. d. Heydt und mehrere Commissarien.

Die aus dem Herrenhause herübergekommenen Gesetzentwürfe, betr. die Uebernahme der Staatsschulden der neuen Provinzen und der dänischen Schuld der Herzogthümer, werden der Finanzcommission überwiesen.

Die Berathung des Etats der indirekten Steuern war bei Tit. 7 und 8 (Mahl- und Schlachtsteuer) stehen geblieben, zu denen der Antrag v. Vincke's (Minden) vorliegt: die Regierung aufzufordern, bei Vorlegung des Etats pro 1869 einen Ges.-Entwurf wegen Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer und Ersatz derselben durch die Klassen- resp. klassificirte Einkommensteuer vorzulegen.

Abg. Grumbrecht, obwohl kein Gegner der indirecten Steuern überhaupt, ist doch für die Aufhebung einer Steuer, welche die nothwendigsten Lebensbedürfnisse vertheuert. Schwierig ist nur das Auffinden eines Ersatzes.

Abg. Dr. Löwe: Allerdings liegt die Schwierigkeit für die Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer nicht darin, daß sie noch nicht allgemein für eine durchaus schlechte Steuer gehalten wird, sondern in der Schwierigkeit ihres Ersatzes, und zwar liegt sie weniger beim Staate, als bei den Communen. — Die Staatsbehörden haben allerdings bisher gesagt, daß sie gern die Steuer beseitigt sähen, aber den Communen keine Gewalt dabei anthun wollen. Seitdem haben wir gleichfalls erleben müssen, daß diese Steuer jetzt eingeführt worden ist in den neuen Landestheilen, z. B. in Frankfurt a. M., wo sie vorher nie bestanden hat; da ist zu fürchten, daß die Regierung ihre Stellung zu dieser Steuer geändert hat, und darum ist es an der Zeit, daß die Volksvertretung offen ihre Ueberzeugung noch einmal ausspricht, daß die Steuer eine schlechte ist und beseitigt werden muß. Es ist sehr leicht zu sagen: die Städte sollen mit einem Etatschluß vorgehen; die öffentliche Meinung, die ja in der städtischen Vertretung repräsentirt wird, möge sich zunächst dafür aussprechen,

Da möchte ich denn doch bitten, sich die Städteordnung etwas näher anzusehen. Die städtische Vertretung geht aus einem Klassenwahl-System hervor; die besitzenden Klassen, die Grundbesitzer, bilden fast überall die Majorität. Wenn durch die Verwendungen des städtischen Budgets der Grund und Boden einen höheren Werth erhält, so suchen die Grundbesitzer, die Majorität in der Stadtverordneten-Versammlung, diese Wertherhöhung auf dem Wege zu erzielen, der ihnen möglichst wenig kostet. Ich will damit den städtischen Behörden keinen directen Vorwurf machen; denn — das ist ein Glück für uns — die Menschen sind durchgehend besser, als die Institutionen. Wenn auch die Institution der Städteordnung versucht, eine Klassenvertretung in die Verwaltung der Städte zu bringen, so ist ihr dies doch noch nicht so weit gelungen, daß Magistrat und Stadtverordneten mit klarem Bewußtsein dahin gestrebt hätten, eine offenbare ungerechte Steuer-Veranlagung zu veranlassen. Es ist dies aber begreiflich in der menschlichen Schwäche beim Streben nach Gerechtigkeit. Wenn bei dem Streben nach Gerechtigkeit nicht das eigene Interesse noch mit gefördert wird, so wird man wohl kaum denselben Erfolg haben, als wenn die eigenen materiellen Interessen durch die Ausübung der Pflicht, Gerechtigkeit zu üben, noch mit gewinnen, daß man also, wenn die eigenen Interessen dadurch wo möglich noch geschädigt werden, alle Consequenzen der Gerechtigkeit nicht so scharf verfolgt, ist wohl begreiflich. — Daß die städtischen Behörden für die gewünschte Reform nicht gern Initiative ergreifen, liegt auch in der Schwierigkeit einer neuen Steuerveranlagung und darin, daß die Auflegung einer neuen directen Steuer etwas Unangenehmes hat. Zu dem ist ja die Erhebung der Mahl- und Schlachtsteuer für die städtischen Behörden so außerordentlich bequem; sie bekommen die ganze Summe auf einem Brett ausgezahlt. Die Auflegung einer neuen Steuer hat aber immer ein gewisses Odium. Und da ist es sehr begreiflich, wenn die städtischen Behörden nicht stark genug sind, diesem widerstrebenden Druck zu widerstehen. Um so mehr Veranlassung liegt aber für die Regierung vor, im allgemeinen Interesse der Nation und der Gerechtigkeit dafür zu sorgen, daß hier Abhülfe geschafft wird.

Die Mahl- und Schlachtsteuer ist nicht blos die ungerechteste, sondern auch die kostspieligste, die wir überhaupt haben. Erstlich schon sind die unmittelbaren Erhebungskosten fast drei Mal so groß, als die der directen Steuern; aber auch indirect tritt noch eine große Vertheuerung derselben ein. Die Steuer muß von den Gewerbtreibenden vorgeschossen werden; in Folge dessen wird der Preis von Waaren noch dadurch erhöht, daß sie die Zinsen für die vorgeschossene Steuersumme noch zur Steuer zuschlagen. Dazu kommt, daß die große Reihe von Gewerbebeschränkungeu, die der Steuererhebung halber eingeführt worden sind, theils die Concurrenz ausschließt, theils eine neue Belastung des Gewerbebetriebes, also wiederum eine Vertheuerung verursacht. — Wenn es nun im Interesse des Staates liegt, das, was man von den Bürgern verlangt, so viel wie möglich zu beschränken und nicht mehr Steuern zu erheben, als zur Bestreitung der nothwendigen Ausgaben nöthig sind, so ist es ein gebieterisches Staats-Interesse, eine Steuer zu beseitigen, die wenigstens 30 Procent mehr aus der Tasche des Volkes nimmt, als in den Steuersäckel fließt. Damit werden die Steuerkraft des Volkes gebrochen, die Ansammlung des kleinen Capitals, die Vermehrung des Nationalwohlstandes, das Hinaufsteigen des Proletariats zum Kleinbesitz, den man nach Möglichkeit befördern müßte, erschwert (sehr wahr!), die allgemein giltigen politischen und ökonomischen Grundsätze verletzt und die natürliche Fortentwickelung der Menschen in Wohlstand, Sittlichkeit und Bildung verhindert. (Beifall.) Ja, die Sittlichkeit! Es ist ein Haupterforderniß für die Gesetzgebung, die Gesetze so einzurichten, daß die Bürger nicht durch eine leichte Dialektik in Conflict mit den Gesetzen kommen, zu Steuerdefraudationen. Wenn dies auch anfangs nur kleine Conflicte sind, sie verleiten zu größeren, sie machen gleichgiltig gegen die Gesetze überhaupt; das ist eine sehr abschüssige Bahn, die an den Grenzen bei Beobachtung des Schmugglergewerbes sehr deutlich sichtbar ist.

Die Schmuggelei ist der Weg zum Zuchthaus, nicht um des Schmuggelns selbst willen, sondern weil daraus hervorgehen Diebstähle, Raub, Mord und andere Verbrechen. Ebenso demoralisirt verhältnißmäßig die Defraudation der Mahl- und Schlachtsteuer; — durch die Besteuerung der nothwendigsten Nahrungsmittel werden die ärmeren Leute ferner genöthigt, in billigeren Substituten Ersatz zu suchen. Daraus folgen die erschreckendsten Resultate. Es ist ein Vorzug unseres Volkes, daß bei demselben ein großer Sinn für Sparsamkeit herrscht. Dieser Sinn ist aber weniger dem Manne eigen, als der Frau. Die Frau ist die Wahrerin und Verwalterin des vom Manne geschaffenen Vermögens. Werden nun die Nahrungsmittel theurer, so sucht die Frau doch mit der bisher gebrauchten Summe auszukommen, und sie muß es, da die Einnahmen nicht gleichzeitig zunehmen. Wenn Sie, m. H., die sorgenvolle Stirn der Frau eines Arbeiters sehen könnten, die zu Zeiten der Theuerung ihre Einkäufe zu besorgen hat, so würden Sie begreifen, welche Gewissenslast Sie sich aufbürden, wenn Sie durch eine solche Steuer den Preis der Lebensmittel noch erhöhen. — Wenn das Brot und Fleisch theuer wird, so müssen solche Familien zu Gemüse und Kartoffeln ihre Zuflucht nehmen. Da nun in Folge der hohen Branntweinsteuer nur gute Kartoffeln die Branntweinsteuer vertragen, so kommen fast nur die schlechten auf den Markt. Durch die Mahl- und Schlachtsteuer zwingen Sie also die ärmeren Klassen zum vorzugsweisen Genuß schlechter Kartoffeln, der auf die Dauer die verderblichsten Folgen mit sich bringen muß. Der Hungertyphus entsteht nicht, weil die Leute absolut jeder Nahrung entbehren, sondern weil sie sich durch schlechte Nahrung Blutvergiftung zuziehen, die den Typhus hervorruft. Und nun, meine Herren, fängt das eiserne Naturgesetz zu wirken an, die ausgleichende Gerechtigkeit. Nachdem erst eine Klasse der Menschen durch den Genuß schlechter Nahrung vergiftet ist, verbreitet sich der Ansteckungsstoff auch auf den besser genährten Theil der Bevölkerung. So, meine Herren, gleicht die Natur wieder die Folgen aus, die durch eine ungerechte, von Menschen gemachte Gesetzgebung einen Theil des Volkes belasten. Ich appellire an Ihr Gefühl, meine Herren, geben Sie dieser ewigen Gerechtigkeit Ausdruck durch eine gerechte Gesetzgebung, vollziehen Sie selbst die nothwendige Ausgleichung! (Beifall links.)

Regierungscommissar Burghart: Die Regierung hat principiell keine Veranlassung, die Mahl- und Schlachtsteuer als eine gute und für die Zukunft beizubehaltende zu rechtfertigen. Es kann deshalb nicht meine Aufgabe sein, alle die Einwendungen, die gegen diese Steuer vorgebracht sind, zu widerlegen, oder, soweit sie zu weit gegriffen sind, einzuschränken. Auf der anderen Seite aber hat sie doch Veranlassung, die Mängel, die der Klassensteuer anhaften, nicht vollständig mit Stillschweigen zu übergehen. Wenn Sie diese Seite der Sache betrachten, nämlich die Nothwendigkeit, an die Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer eine andere Steuer zu setzen, so werden Sie auch bei der sanguinischsten Auffassung im Hinblick auf die Eigenthümlichkeit der großen Städte viele Punkte nicht übergehen können. Man pflegt in der Regel mit der Bemerkung vorzugehen: Schwierigkeiten hat die Einführung der Klassensteuer in der großen Stadt wohl, aber sie sind zu überwinden. Es verdient wohl beachtet zu werden, daß wir kein Beispiel haben, daß eine Steuer, wie die Klassensteuer, in einer Stadt wie Berlin erhoben wird. Es ist dies weder in England, noch in Frankreich der Fall; in Frankreich ist zwar, wie den Herren bekannt ist, eine directe Steuer eingeführt, die aber in den großen Städten durch eine indirecte ersetzt ist. Daraus erklärt sich, daß die Meinungen über die Ausführbarkeit einer solchen Aenderung bei einer Stadt wie Berlin bei competenten Behörden sehr getheilt sind. Es ist nicht meine Absicht, die Unausführbarkeit dieser Aenderung zu behaupten, wohl aber verdient Beachtung, daß die Regierung bei Einführung der Klassensteuer mit einer erheblichen Summe von Uebeln rechnen muß.

Diese Uebel ergeben sich schon, wenn man die Sache äußerlich betrachtet. Die großen Schwierigkeiten, die Ermittelung der Steuerpflichtigen, ihre Aufnahme in die Klassensteuerrolle, ihre Verfolgung und Festhaltung bis zu dem Moment, wo die Steuer entrichtet, nach Umständen in executiver Instanz eingezogen werden muß, — diese Schwierigkeiten, m. H., der kolossale Apparat, die ganz außerordentliche Belästigung nicht blos für die Verwaltung, sondern auch für die Steuerpflichtigen, verdient Beachtung. Glauben Sie nicht, daß es, auch bei der coulantesten Behandlung, ohne eine Unmasse von Recherchen und Anzeigen gehen wird. Es ist ganz unmöglich, die Klassensteuer bei einem so lebhaften Wechsel und unbeständigen Stande der Bevölkerung durchzuführen, ohne durch Anzeigen u. s. w. das Publikum in einem hohen Grade zu belästigen. Dieser Umstand ist noch der geringste. Viel wichtiger und schwieriger ist die Aufgabe, eine Klassensteuer in einer Stadt wie Berlin gerecht zu veranlagen. Sie beruht durchaus auf der Voraussetzung, daß der Nachbar die Verhältnisse des Nachbars, seine Leistungsfähigkeit recht zu schätzen weiß, daß die Regierung in die Lage gesetzt wird, eine Steuer nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit eines Jeden gerecht zu vertheilen. Es ist in einer Stadt wie Berlin, wo man den Nachbar in geringerem Grade kennt, als in kleineren Verhältnissen, eine außerordentlich schwierige, für den Anfang gar nicht zu bewältigende Aufgabe, diese Steuer so zu veranlagen, daß nicht eine große Menge wirklich begründeter Beschwerden eingebracht werden. Diese Uebelstände sind — ich könnte noch mehrere aufzählen — die Repräsentanten einer Summe von Uebeln, mit denen die Regierung zu rechnen hat, wenn sie an die Aufgabe geht, die Sie geneigt sind, ihr zu stellen: die Communen zu schädigen, Gewalt an ihnen zu üben. Denn das ist keine Frage, — auch das vom Herrn Vorredner citirte Beispiel Frankfurts am Main ändert an der principiellen Stellung der Regierung Nichts — daß die Regierung auf das Bereitwilligste den Communen entgegenkommt, die es für zulässig halten, zur Klassensteuer überzugehen.

Die Frage ist: Soll die Regierung die Communen mit Gewalt dazu nöthigen, die Klassensteuer einzuführen? Bei dieser Frage kommen noch andere Momente in Betracht. Lassen Sie uns bei Berlin stehen bleiben. Der Herr Abg. Grumbrecht bemerkt, daß man so rasch wie möglich vorgehen müsse, weil die Aufhebung der Steuer immer schwieriger würde, je länger man zögere. Ich möchte den Herrn Abgeordneten verweisen auf das augenblickliche Beispiel der Stadt Berlin. Die Noth, mit der zur Zeit die Repräsentanten Berlins zu kämpfen haben, um ein Deficit zu decken, würde sich nicht vermindern, wenn man vermöge der Gewaltübung in diesem Augenblicke das Deficit um eine Million vergrößerte. Dies würde die Lösung der Aufgabe ganz gewiß nicht erleichtern. Ich bemerke dies, um die Folgernng daraus zu ziehen, daß nicht jede Zeit zu einer solchen Aenderung gleich geeignet ist. Es kommen noch andere Momente in Betracht, die der Ansicht des Herrn Vorredners entgegenstehen. Wenn die Regierung Gewalt üben soll, so muß sie die Ueberzeugung haben, daß die öffentliche Meinung, das gebildete Urtheil des Landes vollkommen mit dieser Maßnahme einverstanden ist. Sie muß ferner die Ueberzeugung haben, daß die Städte in der Lage sind, den Uebergang zur directen Steuer und die dadurch nothwendigen Mitel für ihren Haushalt zu finden, ohne in schlimmere Verwirrung zu gerathen. Für diese Frage ist ganz außerordentlich wichtig der Umstand, daß die öffentliche Meinung, das wissenschaftliche Urtheil über die Communalbesteuerung noch keineswegs feststeht.

Diese Frage, in welcher gerechter Weise die Mittel für den Communal-Haushalt zu beschaffen seien, hat erst in den letzten Jahren in ganz neuester Zeit in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit und eine ernste Beschäftigung gefunden. Die Lösung dieser Frage wird in nicht ferner Zukunft erfolgen. sei es in der Richtung, die der Herr Abg. Löwe andeutet, in der strengen Festhaltung der Theorie, daß der Grundbesitz, da er den wesentlichsten Nutzen hat, auch die wesentlichsten Lasten tragen muß, sei es in irgend einer anderen Weise. Wie auch die Sache stehen mag, die Regierung kann bei ihrer Auffassung von der Lage der Sache nicht davon ausgehen, daß die verfassungsmäßigen Beschlüsse der städtischen Vertreter durch das Interesse, sei es absichtlich oder unabsichtlich, dictirt sei. Die Regierung hat sich ja auch gar nicht darauf beschränkt, die Ansicht der Stadtverordneten, die aus der Klassenwahl hervorgegangen sind, zu hören. Sie hat ebensowohl die städtischen Behörden, von denen man hierüber ein mehr unparteiisches Urtheil erwarten kann, vernommen. Die Gutachten, die erstattet sind, sind auch keineswegs von jenem Einflusse beherrscht, auf den hier hingewiesen ist. Jeder unbefangene Leser dieser Gutachten würde sich überzeugen, daß man dabei auf einem höheren Standpunkte gestanden hat. Die Frage liegt nicht so einfach, Die Regierung hat unter diesen Umständen durchaus keine Veranlassung gehabt, bis jetzt von der Initiative zur Gewaltübung gegen die Commune Gebrauch zu machen.

Abg. Dr. Virchow: Daß die Regierung den Communen volle Freiheit lassen will, ist gewiß sehr anzuerkennen; aber gerade sie macht es den Communen außerordentlich schwer, zu einem wirklich freien communalen Steuer-System zu gelangen. Die Mahl- und Schlachtsteuer sind am ungerechtesten vertheilt, drücken auf Handel und Consum. Daß der Mehlhandel bei uns trotz des großen hiesigen Korngeschäftes so heruntergekommen ist, ist nur eine Wirkung der Mahlsteuer. Außerdem wird das gemischte Mehl ebenso hoch versteuert, als das reine. Der größte Theil desjenigen Viehes, das in der Umgegend an Krankheit zu Grunde geht, wird als Fleisch hier nach Berlin importirt, auch eine Folge der Steuer. Während daher der Ertrag unserer Consumtionssteuer abnimmt, nimmt die Mortalität zu. (Hört! hört!) Die Bevölkerung Berlin's auf 1000 reducirt, hat von 1858 bis 1864 sich von 1000 auf 1300 vermehrt, die Mortalität dagegen von 1000 auf 1500. (Hört! hört!) Der Finanzminister hätte wohl Ursache dieser Frage gegenüber eine positivere Stellung einzunehmen, als sein Herr Vorgänger. Aus der Erklärung des Commissars aber scheint hervorzugehen, daß die Regierung im Grunde die Aufhebung dieser Steuer doch nicht will. Denn wenn die damit verknüpften Schwierigkeiten „unüberwindlich" sind, wie soll man dann vorwärts kommen? Die Schwierigkeit für Berlin, aus ihrem gegenwärtigen Deficit herauszukommen, besteht hauptsächlich darin, daß, wie man sagt, die Regierung einen Zuschlag zur Staatseinkommensteuer nicht gestatten will; dasselbe kann man auch für die Zukunft erwarten, und ich darf sagen: die Regierung hindert die Communen einen Ausgleich zu finden. Endlich hat der Staat durch die Gebäudesteuer den Communen eines der für eine städtische Steuer allernatürlichsten Steuerobjecte vorweg genommen. Meine Herren! Durch einen ganz guten nnd entschlossenen Willen ist man im Stande, über alle diese Schwierigkeiten hinweg zu kommen, das haben wir in anderen Ländern, namentlich in Belgien, gesehen; ziehe sich daher der Staat nicht hinter dem Vorwand zurück, daß er von den Städten gehindert werde, frei in dieser Frage vorzugehen, sondern komme er zu der Erkeuntniß, daß er selber das Haupthinderniß in den Weg legt.

Der Finanzminister: Der Vorredner hat mein persönliches Interesse in dieser Frage in Anspruch genommen. Ich nehme gern Veranlassung dem hohen Hause mitzutheilen, daß ich allerdings bald nach meinem Eintritt in das Finanzministerium die Frage einer sehr eingehenden Erörterung unterzogen habe. Ich habe darüber Gutachten erfordert, die in sehr eingehender Weise erstattet worden sind. Aus denselben ging zunächst hervor, daß die Finanzverwaltung gar keine Ursache hat, ihrerseits einer solchen Aenderung aus finanziellen Gründen entgegen zu sein, da man urtheilt, daß sowohl die Einkommen- wie die Klassensteuer einen höheren Ertrag geben würde, als es jetzt bei der Mahl- und Schlachtsteuer der Fall ist. Dagegen sind die allergrößten Bedenken eingetreten, ob eine gerechte Vertheilung der Klassensteuer möglich sei, und es ist sogar diese gerechte Vertheilung als vollständig unmöglich dargestellt. Städtische Behörden wie Stadtverordneten-Versammlungen haben sich daher gegen diese Aenderung ausgesprochen, und da in den beiden doch auch hervorragende Männer sitzen, die im Stande sind, mit ihren Ansichten hervorzutreten, so glaubten wir von einer Initiative des Staates Abstand nehmen zu müssen. Auch die Rücksicht auf die Finanzverlegenheit der Stadt Berlin hat uns hierzu bestimmt.

Abg. Krieger: Die Staatsregierung darf ein uninteressirtes und zugleich competentes Urtheil über diese Frage nicht außerhalb der Landesvertretung, sondern nur hier bei uns suchen. Die Verwaltungskosten der indirecten Steuern haben sich in einzelnen Orten bis auf 82 Procent des Ertrages belaufen (hört! hört!). Das durchschlagendste Motiv aber ist, daß, je länger Sie mit der Aufhebung der Mahl- und Schlachtsteuer zögern, sie desto schwieriger wird.

Abg. v. Vincke-Minden: Der Herr Commissar hat auf Frankreich Bezug genommen. Es weiß aber jeder Zeitungsleser, welche enormen Klagen die Bevölkerung in Frankreich gerade über diesen Octroi geführt, zu welchen Beschwerden von oben bis unten dies System Anlaß gegeben hat. Man weiß, daß durch den Octroi fast die ganze arbeitende Bevölkerung aus Paris herausgedrängt ist, und daß die Fortführung dieses Systems nur allzu leicht zu einer neuen Revolution führen kann. Sehen wir dagegen auf Belgien! Die ganze Bevölkerung Belgiens preist ihre Regierung, weil sie endlich mit der Beseitigung dieser Steuern vorgegangen ist. Einen gleichen Ruhm kann sich der Herr Finanzminister bei uns erwerben. Was soll das Gerede von der Unmöglichkeit einer gerechten Vertheilung der Klassensteuer bedeuten? Ich will den Herrn Minister nur an Barmen und Elberfeld erinnern; wenn es dort möglich war, warum denn nicht auch in den anderen Städten? Und wenn es nun gerade für Berlin unmöglich sein soll, warum führen Sie denn die Klassensteuer nicht wenigstens in allen anderen Städten ein? Lassen Sie meinetwegen Berlin dieses beneficium flebile behalten, wir werden ja bald sehen, ob es sich lange diese Ehre, oder vielmehr das Gegentheil, wollte ich sagen (Große Heiterkeit) bewahren wird. Und schließlich kommt es doch nicht auf die Städte allein, sondern auf die Bevölkerung des ganzen Landes an. Ich achte es, wenn der Regierungs-Commissar sagt, der Staat könne gegen die Städte keine Gewalt anwenden, aber es handelt sich in erster Linie hier um die staatliche Schlacht- und Einkommensteuer, und nennen Sie mir einen Staat in Europa, der von der Billigung einer Commune die Aufhebung irgend einer Steuer abhängig macht. Es handelt sich darum, ob wir die Nahrung unserer Mitbürger verkümmern, ob wir es den armen Leuten unmöglich machen wollen, so viel in die Sparkasse zu legen, als sie in geordneten Verhältnissen thun würden, ob wir von Staatswegen der Immoralität neue Wege eröffnen wollen. Das werden Sie nicht wollen!

Reg.-Commissar Burghart: Ich habe den Octroi nicht als eine Steuer erwähnt, die viele Vorzüge hätte, sondern wollte nur der Berufung auf andere Länder entgegentreten. Wie in Belgien liegt die Sache bei uns nicht. Belgien war in der glücklichen Lage, den Octroi beseitigen und den Ausfall durch Zölle decken zu können, was bei uns nicht der Fall ist. Es kommt mir nur darauf an, das Urtheil auch darüber festzustellen, daß bei dem Vorgange in dieser Sache mit einer bestimmten Summe von Uebeln zu rechnen sei. Barmen und Elberfeld sind zusammen noch immer etwa viermal kleiner als Berlin. Der Standpunkt der Regierung ist der, daß sie nicht in scharfen Angriffen gegen die Mahl- und Schlachtsteuer die Augen darüber verschließen kann, welche Folgen die Aufhebung derselben haben würde. Von dem Wohlwollen oder Uebelwollen der Städte werden wir diese Aufhebung natürlich nicht abhängig machen, einige Rücksicht auf dieselbe wird doch aber immer dabei geboten sein.

Abg. Dr. Löwe: Wenn der Herr Finanzminister sagt, daß die Schwierigkeit darin läge, einen Ersatz zu finden, weil man fürchten müsse, keine gerechte Vertheilung finden zu können, dann erinnern Sie sich doch daran, daß Alle einverstanden sind darin: die Mahl- und Schlachtsteuer ist die allerungerechtest vertheilte; wie schlecht Sie eine andere Steuer auch anlegen, wie schlecht Sie sie auch vertheilen mögen: besser wird sie immer vertheilt sein, als die Mahl- und Schlachtsteuer. (Sehr richtig!) Wenn ich solche Gründe höre, dann muß ich an das evangelische Wort denken von den Mücken, die er aus der Einkommensteuer durchseiht und von den Kameelen, die er mit der Mahl- und Schlachtsteuer ruhig verschluckt. (Große Heiterkeit.)

Zu Tit. 9 (Stempelsteuer 7,365,500 Thlr.) beantragen:

1) Abg. Braun-Wiesbaden: die Regierung aufzufordern, auf dem Wege der Gesetzgebung Stempel-Abgaben, welche in den neuen Provinzen gegenwärtig noch erhoben werden, aber in den alten nicht bestehen, abzuschaffen.

2) Abg. Bassenge: die Regierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zeitungs-Stempelsteuer vom 1. Januar 1869 in Wegfall gebracht wird.

3) Abg. Dr. Klein: die Regierung zu ersuchen, auf thunlichst baldige Beseitigung der Quittungs-Stempelsteuer Bedacht zu nehmen.

Abg. Struckmann: Trotz der erheblichen Härten der preußischen Stempelsteuergesetzgebung hat man dieselbe nach Hannover hinüber genommen. Da man sie jedoch nicht allen Verhältnissen anpassen konnte, so hat man in vielen Fällen noch die hannöverschen Bestimmungen aufrecht erhalten, so daß die größte Unsicherheit herrscht, und fast Niemand weiß, in welchen Fällen er die Stempelsteuer nach preußischem oder nach hannöverschem Tarife zu entrichten hat. Ein anderer Uebelstand ist die Ungleichheit der Belastung in Hannover und in den übrigen preußischen Provinzen, die eben so wohl im Verwaltungswesen wie bei der Aufnahme von Acten freiwilliger Gerichtsbarkeit zu Tage tritt.

Reg.-Comm. Burghart: Die gerügten Uebelstände werden von der Regierung vollkommen anerkannt, und sie wird denselben sobald wie möglich abhelfen. Nur war bisher eine Reform der Stempelsteuer-Gesetzgebung ohne eine gleichzeitige Umgestaltung des Gerichtsverfahrens nicht thunlich.

Abg. Bassenge: Bei der nothwendigen Revision der Stempelsteuergesetzgebung möchte ich die Aufmerksamkeit der Regierung namentlich dahin lenken, auf eine Abschaffung des Quittungsstempels und eine Herabsetzung des Kaufstempels für Immobilien Bedacht zu nehmen, da der erstere ungerecht, der zweite aber um so drückender ist, je mehr man den Grundbesitz zu mobilisiren sucht. Ein dritter Punkt wird durch den von mir gestellten Antrag berührt, die Beseitigung der Zeitungsstempelsteuer. Bereits in einer früheren Session hat die Landesvertretung einen dahin gehenden Beschluß gefaßt, leider ohne Erfolg. Handelt es sich darum, irgend eine Ausgabe zu machen, die die Regierung für wünschenswerth hält, so wird auf die Blüthe unserer Finanzen hingewiesen, sobald wir aber im Hinblick auf diesen Finanzzustand die Herabsetzung einer Steuer verlangen, dann ist die Einnahme nicht zu entbehren. Dabei wird keine Rücksicht darauf genommen, ob die Steuer eine gute und gerechte ist, oder nicht. Hinsichtlich des Zeitungsstempels sind die Ansichten in dieser Beziehung wenig getheilt. Bei der Berathung dieses Gegenstandes äußerte ein Abgeordneter, er wolle lieber eine Fenstersteuer als die Besteuerung der Zeitungen eingeführt wissen, und mit vollem Rechte — denn durch jene wird das Tageslicht, durch diese aber das Licht der Bildung, die Verbreitung der Intelligenz besteuert. Auf der einen Seite gründet der Staat Schulen, errichtet Universitäten und stellt Docenten an, um denselben Zweck zu erreichen, den er auf der andern Seite bekämpft.

Es ist ausgerechnet worden, daß auf jeden Universitätsdocenten vier und ein halber Zuhörer kommt, welchen ungeheuer größeren Wirkungskreis hat ein solcher Lehrer, wenn er durch die Presse zu Hunderttausenden sprechen kann. Das Bedürfniß nach geistiger Nahrung muß befriedigt werden, die nothwendige Folge der Zeitungsstempelsteuer ist also die, daß unsere Zeitungen auf schlechtem Papier und in engem Druck erscheinen müssen, und dadurch mit den auswärtigen Blättern nicht concurriren können. Man hat als Ersatz für die jetzige Stempelsteuer eine Inseratensteuer in Vorschlag gebracht; ich will aber lieber noch ein Jahr auf jede Reform warten, als

daß ich das eine Uebel durch ein anderes, nicht geringeres ersetze. Wenn Ihnen die Gründe, die ich Ihnen in der geistigen Ausbildung des Volkes gegen die Steuer geltend gemacht habe, nicht genügen, so wird wenigstens die Rücksicht nicht ohne Einfluß sein, daß Sie mit den Zeitungen auch die Möglichkeit beschränken, im Sinne der Humanität zu wirken, das Mitgefühl und die Mildthätigkeit wachzurufen. Was würde aus dem Nothstande in Ostpreußen geworden sein, wenn nicht gerade die Tagespresse sich desselben angenommen und die Mitwirkung der ganzen Bevölkerung aufgerufen hätte, die Leiden unserer Mitbürger zu mildern. Hemmen Sie diese segensreiche Wirksamkeit nicht länger, nehmen Sie meinen Antrag an und sorgen Sie dafür, daß bei uns das Sprichwort wieder zur Wahrheit werde: Gedanken sind zollfrei. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Graf Schwerin: Es giebt keine Steuer, gegen die sich nicht eine Menge Uebelstände geltend machen ließen. Da wir aber nicht in der Lage sind, die Steuern bis jetzt entbehren zu können, so wird die Aufzählung der Mängel einer Steuer so lange unfruchtbar bleiben, als man nicht gleichzeitig Mittel angiebt, den Ausfall zu decken. Die vom Herrn Vorredner empfohlene Herabsetzung des Kaufstempels für Immobilien halte ich nicht für gerechtfertigt, da das besteuerte Object ein sehr geeignetes und der Satz von einem Procent nicht zu hoch gegriffen ist. Die Abschaffung der Zeitungsstempelsteuer ist zwar ein sehr populäres Thema, alle Gründe aber, welche man bis jetzt dafür vorgebracht hat, indem man von einer Besteuerung des geistigen Eigenthums und dergleichen sprach, haben mich nicht in der Ansicht irre gemacht, daß diese Steuer relativ vollkommen gerechtfertigt ist. Man hat vorher in der Discussion der Mahl- und Schlachtsteuer geltend gemacht, daß die ärmeren Klassen der Bevölkerung vorzugsweise dadurch bedrückt würden, hier haben Sie eine Steuer, die in erster Linie die Reicheren betrifft. Die einzige Folge des Zeitungsstempels ist die, daß das Lesen von Zeitungen etwas vertheuert wird; trotzdem finden die Tagesblätter von Tag zu Tag ein weiteres Feld; die Befürchtung also, daß diese Lectüre dadurch beschränkt werden würde, ist unbegründet.

Abg. Rohden: Es sei ungerechtfertigt, dem Beamten und Pensionär von dem, was man ihm mit der Rechten gebe, mit der Linken wiederum in Form einer Stempelsteuer abzuziehen, auch in den neuen Landestheilen, wo die Steuer eingeführt ist. Demgemäß beantragt Redner: In Wiederholung des 1867 gefaßten Beschlusses zu erklären: es erscheint nicht gerechtfertigt, fernerhin bei der Zahlung des Gehalts aus der Staatskasse an die im unmittelbaren Staatsdienst stehenden Beamten, soweit dasselbe die Summe von 1000 Thlr. nicht übersteigt, einen Quittungsstempel zu erheben; und gleichzeitig die Erwartung auszusprechen, die Staatsregierung werde in der nächsten Session den erforderlichen Gesetzentwurf dem Landtage vorlegen.

Reg.-Commissar Burghart: Die Regierung hat im vorigen Jahre den Beschluß des Hauses in Betreff des Rohdenschen Antrages nicht unerwogen gelassen: den Beamten mit einem Gehalte bis zu 1000 Thlrn. soll eine Erleichternng gewährt werden, dies ist der einzige stichhaltige Grund, der gegenwärtige Staatshaushalt gewährt aber allen Beamten eine weit ausgiebigere Hilfe durch die Abschaffung der Pensionsbeiträge, diese betrugen 1 Procent, die Quittungsstempelsteuer nur ⅙ Procent. Die Regierung hat gegen den Antrag sehr erhebliche Bedenken. Es kann in Ihren Augen nicht gerechtfertigt sein, die unmittelbaren Staatsbeamten von dieser Steuer zu befreien und die mittelbaren ihr zu unterwerfen. Man muß Anstand nehmen, die einmal bestehenden Tarifpositionen, die während einer langen Vergangenheit eine Menge von Zusätzen, Aenderungen und Erläuterungen erfahren haben, durch neue Bestimmungen zu durchlöchern. Die Principien, auf denen sie beruhen, würden dadurch unhaltbarer und die Ausführung immer schwieriger werden. Einem solchen Systeme ist die wirkliche Revision sämmtlicher Positionen vorzuziehen, die nicht lange mehr ausbleiben kann. Aus diesen Rücksichten muß die Staatsregierung den Antrag Rohden ablehnen. Die Behandlung des Quittungsstempels muß einer Revision unterworfen werden. Die meisten Staaten erheben ihn in anderer Weise. England legt einen kleinen Stempel auf alle Quittungen über zwei Pfund, ähnlich Frankreich und Amerika. In mehreren Staaten, die jetzt Preußen einverleibt sind, war die Steuer erheblich höher. Ich möchte nicht wünschen, daß das Haus sich vorher engagirt, da die Staatsregierung in keiner Weise ihre Zusicherung geben kann.

Was die Zeitungssteuer betrifft, so kann ich nur wiederholen, daß die Finanzverwaltung von politischen Gesichtspunkten unberührt geblieben ist. Es liegt in der Natur der Sache, daß die Regierung für die Abschaffung dieser Steuer nur dann stimmen könnte, wenn sie die Ueberzeugung hat, daß die gegenwärtige Lage unseres Staatshaushaltes entweder keine dringenderen Bedürfnisse darbietet, auf welche Ueberschüsse von Einnahmen zu verwenden sind, oder die Mittel darbietet, alle dringenderen Bedürfnisse zu befriedigen und dann die Zeitungsstempelsteuer abzuschaffen. Ihr jährlicher Ertrag beträgt in den alten Provinzen 500,000 Thlr., in den neuen 80,000 Thlr., und rechnet man hierzu die Kalenderstempelsteuer, die nach Abschaffung der Zeitungsstempelsteuer auch nicht mehr aufrecht erhalten werden könnte, so stellt sich eine Mindereinnahme von einer Million heraus. Die Regierung kann auf den Antrag nicht eingehen. Die Frage einer Aenderung der Steuer schwebt noch.

Der Präsident verliest den vom Abg. Rohden eingebrachten Antrag, welchen Regierungscommissar Burghart abzulehnen bittet. Er könne viele Fälle anführen, in denen die scheinbare Härte oder Unangemessenheit einer Stempelerhebung viel eclatanter hervortritt, als dadurch, daß die Regierung die Beamten von 1000 Thlrn. 25 Sgr. zahlen läßt. Keinenfalls sei es zweckmäßig, auf bloße Gefühlseindrücke eine Resolution zu basiren.

Abg. Twesten: Die Stempelsteuer ist für die alten Landestheile auf 5,600,000 Thlr. veranschlagt worden, das macht für den Kopf 9 Sgr., in Hannover auf 540,000, im Regierungsbezirk Kassel und Wiesbaden und in Schleswig-Holstein auf 1,123,000 Thlr., also 15 Sgr. auf den Kopf. Eine Erläuterung für diese Mehrveranschlagung vermisse ich. — Im vorigen Jahre wurde ein auf Aufhebung der Zeitungssteuer bezüglicher Antrag angenommen. Ich verkenne nicht die Bedenken, auf den Wegfall einer Einnahme von mehr als ½ Million anzutragen; aber wenn wir warten wollen, bis alle dringenden Bedürfnisse befriedigt sind, dann können wir lange warten. Was Herr Graf Schwerin gesagt hat, daß die Steuer nur die Wohlhabenderen betrifft, ist nicht richtig. Es ist eine der glücklichen Folgen unserer Schulgesetze, daß das Zeitungslesen auch ein Lebensbedürfniß der ärmeren Klassen geworden ist. Ferner zahlt eine große Zeitung, welche den höchsten Steuersatz bezahlt, immer dasselbe, wenn sie auch vergrößert wird, während bei einer kleinen Zeitung Rücksicht auf den Raum genommen werden muß. Bei einer Zeitung, die 24,000 Exemplare absetzt, macht die Steuer für eine Zeile beinahe 1 Sgr, Wie muß sich die Redaction in Acht nehmen, auch nur einen Artikel zur Belehrung mehr aufzunehmen, aus Furcht die Steuer noch mehr anschwellen zu sehen. Es läuft sofort in die Tausende. Dann aber trifft diese Steuer besonders die Annoncen und hier wieder die kleinen Zeitungen, mithin die ärmeren Klassen. Ich glaube in der That, durch Hebung des gewerblichen Verkehrs würde ein Theil des Ausfalls sofort gedeckt werden. — Ursprünglich wurde allseitig anerkannt, daß diese Steuer mehr im polizeilich-reactionären, als im finanziellen Interesse eingeführt sei, jetzt mag das erstere Interesse bei der Regierung nicht mehr vorhanden sein, aber die Steuer wirkt jedenfalls in jenem Sinne, darum sprach sich auch mein Freund Otto Michaelis im vorigen Jahre dahin aus: Die Zeitungsstempelsteuer sei ein Schutzzoll gegen die Verbreitung der Intelligenz, eines Culturstaates unwürdig. Unseren Ausspruch vom vorigen Jahre, auch in diesem zu wiederholen, diese Steuer aufzuheben, sind wir auch den neuen Provinzen schuldig, da auch bei ihnen diese Steuer neu eingeführt worden ist. (Bravo.)

Abg. Dr. Klein setzt den Standpunkt auseinander, von dem aus er seinen Antrag gestellt habe, spricht jedoch von der Tribüne und bleibt daher unverständlich.

Der Schluß der Discussion wird angenommen.

Abg. Bassenge (persönlich): Meine Herren! Unsere Gründe mag der Herr Abg. Schwerin so schlecht machen, wie er will und wie er dazu im Stande ist; aber unsere Motive soll er uns ungeschoren lassen; unsere Motive soll er respectiren, wie wir die seinigen immer respectirt haben. In seinen Worten lag die Insinuation, daß wir unseren Antrag auf Aufhebung der Stempelsteuer nur gestellt haben, um uns populär zu machen, das kann ich nicht dulden und ich verwahre mich daher dagegen.

Abg. Graf Schwerin: Ich habe die Motive des Herrn Abg. Bassenge in der That „ungeschoren gelassen" (Heiterkeit) und es ist mir nicht eingefallen, ihm den Vorwurf zu machen, er habe, um sich populär zu machen, diesen Antrag gestellt. Ich habe mich nur gegen die von ihm angeführten Gründe gewendet, und allerdings gesagt, daß der Antrag an und für sich ein populärer sei. Ich denke aber, der Herr Abg. weiß ja, daß er schon so populär genug ist, und daß er es nicht nöthig hat, sich durch Einbringung solcher Anträge noch populärer zu machen.

Man schreitet zur Abstimmung. Die Position des Etats wird genehmigt.

Abg. Braun zieht seinen Antrag zurück.

Der Antrag Bassenge wird mit 166 gegen 150 Stimmen angenommen (dagegen stimmen die beiden conservativen Fraktionen, die Altliberalen und einige Nationalliberale, so der Abg. Engel (Leobschütz) u. A.); der Antrag Rohden wird abgelehnt, worauf Abg. Klein seinen Antrag gleichfalls zurückzieht.

Zu Tit. 10 (Elbzoll 129,140 Thlr.) beantragen v. Sybel, v. Unruh und Lasker, die Regierung aufzufordern, 1) auf die baldigste Abschaffung des conventionsmäßigen Elbzolles hinzuwirken; 2) dafür Sorge zu tragen, daß die Erhebung des Elbzolles, soweit derselbe Preußen und Lauenburg gebührt, sofort sistirt werde.

Abg. v. Sybel hofft, daß die Regierung sich dem Elbzoll gegenüber ebenso verhalten werde, wie dem Rheinzoll gegenüber. Den anderen Contrahenten gegenüber werde sie, auf einen Beschluß des Hauses gestützt, eine vortheilhaftere Stellung einnehmen und etwaigen Widerstand leichter brechen.

Reg.-Commissar Burghart: Die Regierung hält das Verlangen nach einer Aufhebung des Elbzolles für vollberechtigt und durch die Verfassung des norddeutschen Bundes geboten, sie ist auch bestrebt gewesen, dies Ziel so rasch als möglich zu erreichen, und wenn dies noch nicht möglich war, so liegt dies in Schwierigkeiten, die noch nicht beseitigt werden konnten; denn Preußen kann nicht einseitig darüber Dispositionen treffen; die Regierung wird aber bemüht sein, nach Möglichkeit den Zeitpunkt zu beschleunigen, wo dem gerechten Wunsche nach dem Fortfall des Elbzolls vollkommen entsprochen werden kann.

Abg. Lasker: Der Hr. Commissar hat nur den Theil unseres Antrags zugestanden, der für den Augenblick am wenigsten nützen kann; während er sich über den zweiten, daß der auf Lauenburg fallende Theil des Elbzolls sistirt werden solle, gar nicht ausgesprochen hat. Ich bedauere sehr, daß der Hr. Ministerpräsident und Minister für Lauenburg nicht zugegen ist; denn ich nehme an, daß der Hr. Finanzminister über die Verhältnisse Lauenburgs wahrscheinlich keinerlei Kenntniß haben wird. (Große Heiterheit.) Ich meine aber, daß es dem Hrn. Ministerpräsidenten als preußischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten wohl leicht gelingen konnte, mit dem Herrn Ministerpräsidenten als Minister für Lauenburg in Verbindung zu treten, um eine Aufhebung des Elbzolls herbeizuführen. Ich möchte dabei gleichzeitig den Wunsch ausdrücken, daß die preußische Regierung auf Mecklenburg den geeigneten Druck ausüben möchte, um dies zu einer Vereinbarung williger zu machen.

Reg.-Commissar Burghart: Ich hätte geglaubt, daß man nach meiner vorhin abgegebenen Erklärung keinen Zweifel mehr darüber hegen könnte, daß die preußische Regierung alle zulässigen Mittel anwenden würde, um die Frage möglichst bald im Sinne des Antrags zu regeln. Die Voraussetzung, daß Preußen allein eine Veränderung eintreffen lassen könnte, beruht jedoch auf einem Verkennen der staatsrechtlichen Verhältnisse.

Abg. v. Unruh: In der Voraussetzung, daß der Herr Finanzminister sich bemühen wird, im Sinne des Antrags zu verfahren, verzichte ich auf das Wort.

Der Antrag Sybel wird angenommen, die übrigen Positionen des Etats werden ohne Debatte genehmigt.

Es folgt der Etat der hohenzollernschen Lande.

Regierungs-Commissar Geh. Finanz-Rath Mölle: Es ist zum ersten Male in diesem Jahre, daß der Etat der hohenzollern'schen Lande mit einem Deficit abschließt, Die Einnahmen betrugen 159,428 Thlr., die Ausgaben 237,428 Thlr., so daß ein Zuschuß von 78,000 Thlrn. erforderlich ist. Der Grund liegt in dem Verhältnisse dieser Landestheile zum norddeutschen Bunde. Die Einnahmen sind zum großen Theile der Bundeskasse überwiesen worden, während von den Ausgaben nur wenig abgesetzt werden konnte, weil diese Landestheile zu der Militär- und Marine-Verwaltung Nichts beigetragen haben.

Abg. Eberty regt, wie im vorigen Jahre, die Frage der Entschädigung des Fürsten von Thurn und Taxis aus der hohenzollernschen Staatskasse an, die nichts weiter als eine Schenkung an den Fürsten zu Ungunsten der Steuerzahler sei. Das Hans habe dies im vorigen Jahre schon ausgesprochen. Redner erwartet von der Regierung, daß sie die bereits gezahlten 33,000 Gulden vom Fürsten wieder zurückverlangen werde.

Reg.-Commiss, Mölle: Die Regierung war vertragsmäßig verpflichtet, dem Fürsten von Thurn und Taxis eine Entschädigung von 63,000 Gulden zu zahlen und durfte sich einer solchen Verpflichtung nicht entziehen.

Abg. Dr. Eberty: Der Fürst hatte auf seine Rechte bereits vorher verzichtet, von einer Entschädigung konnte also nicht mehr die Rede sein.

Die einzelnen Etatspositionen werden ohne Debatte genehmigt.

Zum Etat der allgemeinen Kassenverwaltung beantragen die Commissarien des Hauses: in Tit. 2 Nr. 4 14,285 Thlr. 21 Sgr. 5 Pf. mehr in Einnahme zu stellen, welche als Staatsrente von Seiten des Großherzogthums Hessen an das Landgrafenthum Hessen-Homburg zu zahlen sind. — Reg.-Commissar Mölle pflichtet dem Antrage bei, indem er die Entstehungsgeschichte der Rente darlegt. Danach beruhte dieselbe auf Verträgen aus den Jahren 1768 und 1816 und wurde bis zum März 1866 bezahlt, dann aber verweigert, da die Regierung die Verpflichtung mit dem Erlöschen des Mannesstammes der fürstlich hessen-homburgischen Familie als beseitigt betrachtet.

Abg. Lasker fragt, ob in diesem Jahre dem Hause eine Uebersicht über den Staatsschatz gegeben werden solle.

Reg.-Comm. Mölle: Ich bin zwar auf die Frage nicht vorbereitet, nehme aber keinen Anstand zu erklären, daß die Regierung kein Bedenken tragen wird, dem Hause die gewünschte Uebersicht vorzulegen.

Der Antrag der Commissarien wird genehmigt und der Rest des Etats ohne Discussion erledigt.

Damit erklärt Vice-Präsident v. Köller die Vorberathung des Staatshaushalts-Etats für beendet. (Lebhafter Beifall.)

Der zweite Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Commissionen für Finanzen und Handel über den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung der Zinsgarantie des Staates für das Anlage-Capital einer Eisenbahn von Trier durch die Eifel nach Call:

§ 1. Die der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft behufs Uebernahme des Baues und Betriebes einer Eisenbahn von Trier durch die Eifel nach Call durch das Gesetz vom 7. Juli 1866 (Gesetz-Sammlung für 1866, Seite 448) bewilligte Zinsgararantie wird nach näherer Maßgabe des beigedruckten mit der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft unterm 12./14. November 1867 abgeschlossenen Vertrages auch auf denjenigen Betrag ausgedehnt, um welchen das in dem Gesetze vom 7. Juli 1866 vorgesehene Anlage-Capital von elf Millionen Thalern in Folge der Mehrausgaben für den Grunderwerb und in Folge der Begebung der Actien Littr. B. unter dem Nominalwerthe sich zur Deckung der Kosten der Bahnanlage unzureichend erweisen möchte.

§ 2. Sobald die Baurechnung für die Call-Trier-Bahn abgeschlossen ist, wird der nach Maßgabe des § 1 über die Summe von 11 Millionen Thalern zur Fertigstellung der Bahn etwa erforderliche Betrag unter Mitwirkung eines Commissars des Ministeriums für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten festgestellt und durch landesherrliche Verorduung bekannt gemacht.

Die Commissionen beantragen: 1) dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen; 2) die mit Bezug hierauf eingegangenen Petitionen dadurch für erledigt zu erachten; 3) die dringende Erwartung auszusprechen, die Regierung werde die Rheinische Eisenbahngesellschaft mit allen ihr zu Gebote stehenden gesetzlichen und vertragsmäßigen Mitteln dazu anhalten, nicht nur die Trier-Caller, sondern auch die Euskirchen-Brühler resp. Sechtemer Eisenbahn schleunigst in Angriff zu nehmen und sobald als möglich zu vollenden."

Abg. Förster nimmt den in den Commissionen bereits abgelehnten Antrag wieder auf: falls bei der Grunderwerbung die Bewilligungen der Kreise und Gemeinden sich als ihre Prästationsfähigkeit überschreitend erweisen sollten, möge die Regierung mit der Rheinischen Eisenbahn-Gesellschaft die Uebernahme eines Antheils bis zu 50,000 Thlr. auf Rechnung des Baufonds herbeiführen.

Abg. v. Benda bittet, wie in der Commission, diesen Antrag abzulehnen, der eine bis jetzt neue Anomalie sein und den Kreisen ein Geschenk aus Staatsmitteln zum Eisenbahnbau machen würde.

Berichterstatter Abg. Hammacher empfiehlt die unveränderte Annahme der Vorlage. Abg. v. Dechend stellt ihm im Sinne des Förster'schen Antrages die dem Kreise Schleiden schuldige Rücksicht entgegen, der sich allein zur bedingungslosen Hergabe des Grund und Bodens verpflichtet habe zu einer Zeit, als die Regierung von keiner anderen wissen wollte, während sie später anderen Kreisen gegenüber anders verfuhr. Reg.-Commissar von der Reck lehnt seinerseits den Antrag ab, sollte sich später herausstellen, daß ein Kreis überbürdet worden sei, könne die Regierung immer noch den Schadeu ausgleichen.

Der Antrag Foerster zu § 1 wird abgelehnt und § 1 und 2 der Vorlage werden mit sehr großer Majorität angenommen, desgleichen die Anträge der Commissionen.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Sonnabend 10 Uhr. (Tages-Ordnung: Entschädigung der depossedirten Fürsten und Petitionen, betreffend die Eisenbahn-Anleihe von 40 Millionen.)

Berlin, 30. Januar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat den technischen General-Director der Gestüte, Freiherrn v. Maltzahn, zum Vorsitzenden des oberen Schiedsgerichts zur Entscheidung von Streitigkeiten in Renn-Angelegenheiten ernannt; dem Regierungs- und Schul-Rath Dr. Ditki zu Danzig den Charakter als Geheimer Regierungs-Rath; und dem praktischen Arzt, Hofrath Dr. Ernst Friedrich Wilhelm Schmieder zu Liegnitz den Charakter als Geheimer Sanitäts-Rath verliehen.

Der Königliche Wasserbaumeister Schwabe zu Neufahrwasser ist zum Königlichen Hafen-Bau-Inspector ernannt und demselben die dortige Hafen-Bau-Inspector-Stelle verliehen worden. — Dem Gymnasial-Oberlehrer Dr. von Bronikowski zu Ostrowo ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden.

Berlin, 30. Januar. [Se. Majestät der König] nahmen die Vorträge des General-Lieutenant von Podbielsky und des General-Adjutanten vou Tresckow, sowie der Hofmarschälle und des Geheimen Hofraths Bork entgegen, und empfingen in besonderer Audienz den General-Major, General à la suite Sr. Majestät des Königs, Inspecteur der Jäger und Schützen, von Obernitz. Um 3½ Uhr begrüßten Se. Majestät der König im Palais den Herzog von Leuchtenberg.

[Ihre Majestät die Königin] war gestern in dem Bazar anwesend.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm am Vormittage des gestrigen Tages militärische Meldungen entgegen. (St.-A.)

⊙ **Berlin**, 30. Jan. [Festungsarbeiten. — Die Spielbanken. — Personalien. — Portoberechnung. — Rüben-Zucker-Fabriken.] Verschiedene Blätter äußern sich mißbilligend darüber, daß bei dem jetzigen Nothstande die Festungsbauverwaltung nicht genug thue, um Leute zu beschäftigen. Dagegen ist aber zu erwägen, daß grade mit Rücksicht auf die Nothstände schon im Herbst v. J. die Festungsbaubehörden zu Königsberg, Memel und Pillau angewiesen worden sind, auch während des Winters, soweit es die Witterung nur irgend gestatte, den Bau in regem Betriebe zu erhalten und möglichst viele Arbeiter dabei zu beschäftigen. Deshalb ist auch die Anordnung so getroffen, daß bis Ostern d. J. Arbeiten ausgeführt werden, wodurch in Königsberg etwa 830, in Memel 210 und in Pillau 75, zusammen also 1115 Mann beschäftigt werden, mithin 560 mehr als in früheren Jahren. Außerdem sollen in Danzig nächstens die Erdarbeiten für das Fort bei Brösen in Angriff genommen werden, wodurch 2—300 Mann Beschäftigung erhalten. — Die Verhandlungen mit den Spielbanken nehmen ihren Fortgang und werden möglichst beschleunigt, und liegt es, wie wir hören, in der Absicht der Regierung, wenn dieselben auch nur mit einer von ihnen nicht zum Abschluß führen sollten, dann auch gegen diese auf legislativem Wege vorzugehen, wozu die Einleitungen bereits derartig getroffen sind, daß der legislative Act noch in dieser Session perfect werden kann. — Ueber das Verbleiben des hiesigen Stadtgerichts-Präsidenten Breithaupt in seinem hiesigen Amte oder über seine Versetzung wird noch immer allerlei gefabelt; das Thatsächliche ist Folgendes: Der Präsident, welcher bekanntlich als Oberappellations-Gerichts-Präsident nach Marienwerder kommt, hat deshalb noch keinen Nachfolger gefunden, weil der jetzige Justizminster die Personalien seines Ressorts noch nicht genügend kennt und erst nach genauerer Kenntnißnahme seine Entschließungeu treffen kann. Andererseits darf man uns dem Umstande, daß der jetzt noch fungirende Stadtgerichts-Präsident Breithaupt bis zum 1. April hier bleiben wird, nicht schließen, daß er überhaupt hier bleibt, denn sein Patent für Marienwerder ist schon vom Könige unterzeichnet und bezieht er schon jetzt das Gehalt als Ober-Appellationsgerichts-Präsident, die Bauten aber, welche jetzt im Innern und in den Bureaus des Stadtgerichts ausgeführt werden, können zweckmäßig nur von einem Manne überwacht und geleitet werden, der genügende Localkenntniß hat. — In Betreff der Portoberechnung zwischen den Postgebieten, welche den Vertrag vom 23. November v. J. abgeschlossen haben, ist bestimmt worden, daß 3 Pfennige 1 Kreuzer süddeutsche Währung und 1 Neu-Kreuzer österreichischer Währung gleichgerechnet werden sollen, ferner 4 Pf. gleich 1 Kr. südd. Währ. und 2 Neukr. östr. Währ., 6 Pfg. gleich 2 Kr. südd. Währ. und 2 Neukr. östr. Währ., 7 Pfg. gleich 3 oder 4 Kr. südd. Währ. und 5 Neukr. östr. Währ. — Nach den amtlichen Nachrichten über den Umfang der Rübenzuckerfabrikation in Preußen vom 1. Januar bis ult. August 1867 concentrirt sich dieselbe vorzugsweise in der Provinz Sachsen, wo sich 141 Rübenzuckerfabriken befinden, welche 9,374,493 Ctr. Rüben verarbeitet und eine Steuer von 2,343,738 Thlr. zahlten. Demnächst kommt Schlesien mit 39 Fabriken, dann Brandenburg mit 18, Pommern mit 8, Hannover mit 5, Rheinland mit 4, Westphalen mit 2 und Hessen mit einer Fabrik. Die Provinzen Preußen und Posen haben keine Fabriken.

[Der Kriegsminister.] Aus Mittheilungen, welche von dem Kriegsminister General v. Roon selbst hier eingegangen sind, ist der Schluß gestattet, daß sein Befinden den Verhältnissen nach ein günstiges und die Besserung seines Gesundheitszustandes im Fortschreiten ist.

[Nordamerika und die preußischen Militärverhältnisse.] Mit Rücksicht auf das gestern an dieser Stelle mitgetheilte Schreiben des Ministers Seward an einen in den Vereinigten Staaten lebenden preußischen Militärpflichtigen ist zu bemerken, daß die Unterhandlungen zwischen Amerika und dem norddeutschen Bunde wegen Regelung der Naturalisationsfrage mit Bezug auf die preußischen und norddeutschen Militärverhältuisse, welche der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner letzten Botschaft erwähnte, durch Eröffnungen seitens Amerika's bevorstehen oder schon eingeleitet sein sollen.

[Telegraphische Störung.] Einer Mittheilung der hiesigen königlichen Telegraphen-Central-Station zufolge ist die telegraphische Verbindung gestört mit: Köln, den Niederlanden, Belgien via Herbesthal, Frankreich via Trier, Rußland via Thorn, England via Haag, Ostende und Emden. Unterbrochen ist die Verbindung mit Frankfurt a. M.

Kiel, 30. Jan. [Marine.] Nach hier eingegangenen Nachrichten ist Sr. Maj. Brigg „Rover" am 28. d. M. in Lissabon angekommen.

Hamburg, 30. Jan. [Die römische Frage.] Nach einem Wiener Telegramm der „Hamburger Nachrichten" hätte Frankreich den der Conferenz günstig gesinnten Mächten die Mittheilung gemacht, das Resultat der stattgehabten vorläufigen Verhandlungen berechtige zu der Hoffnung, daß ihre Mitwirkung die römische Frage in einer befriedigenden Weise abschließen werde.

Köln, 29. Januan. [Beschlagnahme.] Die „Kölnische Zeitung ist gestern mit Beschlag belegt worden wegen der Mittheilung einer Aeußerung der Wiener „Neuen freien Presse" über das Verbleiben des Frhrn. v. Werther auf seinem Gesandtschaftsposten in Wien. Die Redaction hatte, wie sie heute erklärt, dieser Aeußerung ihre ausdrückliche Mißbilligung hinzugefügt.

München, 30. Jan. [Zollparlament.] Gutem Vernehmen nach wird in einer heute Abend stattfindenden, von hervorragenden Mitgliedern der particularistischen Partei berufenen Versammlung, der Staatsrath v. Schrenk als Candidat für das Zollparlament vorgeschlagen werden.

Stuttgart, 30. Jan. [Wehrgesetz.] In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Debatte über das Wehrgesetz fortgesetzt. Die Dauer der Präsenz wird auf zwei Jahre festgesetzt, die längere Präsenzzeit der Cavallerie soll beim Dienst in der Landwehr in Abzug gebracht werden. Bei der darauf erfolgenden Schlußabstimmung wird das Gesetz mit 50 gegen 40 Stimmen angenommen.

Rußland.

*** **Aus den russischen Ostseeprovinzen,** Mitte Januar. [Verdrängung der deutschen Sprache. — Entlassung des deutschen Civil-Gouverneurs. — Hungersnoth.] Nachdem uns das abgelaufene Jahr den Verlust der deutschen Sprache in den Staatsbehörden gebracht hat, beginnt das neue Jahr mit einer Reihe von Maßregeln, welche dem deutschen Charakter des Landes noch entschiedener zu Leibe gehen. In Riga wurde vor einigen Tagen das erste russische Gymnasium eröffnet; die Zahl der Schüler, welche sich zum Eintritt in dasselbe gemeldet hatten, war so gering, daß man — um das neue Unternehmen überhaupt ins Leben treteen lassen zu können, die für die Bewohner der russischen Vorstadt bestehende Kreisschule aufgehoben und mit dem neuen Gymnasium verbunden hat. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß der Geschichtsunterricht in den beiden oberen Klassen der übrigen (deutschen) Gymnasien russisch ertheilt werden soll; für die Tertia ist der Geographieunterricht abgeschafft und durch russischen Geschichtsunterricht ersetzt worden. Um die Schüler nicht der wichtigsten Bildungsmittel zu berauben, hat man sich entschließen müssen, die Zahl der Lehrstunden zu vermehren: die Zahl der russischen Unterrichtsstunden in den öffentlichen Anstalten ist gegenwärtig bereits auf 12 bis 14 angewachsen; nichts desto weniger sind die erzielten Resultate höchst ungenügend, da es fast unmöglich ist, irgend brauchbare russische Lehrer zu gewinnen und die Zahl der jungen Leute, welche sich dem pädagogischen Beruf auf russischen Universitäten widmen, beständig abnimmt. Jeder der Besuche von Petersburger Schulrevidenten, mit denen wir jährlich heimgesucht werden, zieht einen Lehrerwechsel nach sich und doch verschlechtert sich die Qualität der russischen Pädagogen consequent. — Den härtesten Schlag hat unser öffentliches Leben durch die neuerdings angeordnete Entlassung des Civilgouverneurs von Livland, Kammerherrn v. Oettinger erlitten; derselbe erfreute sich der allgemeinsten Beliebtheit in allen Schichten der Gesellschaft, war mit den Verhältnissen der von ihm verwalteten Provinz wirklich genau bekannt, trat mit Energie für die verbrieften Rechte des Landes ein und galt für einen höchst ausgezeichneten Kopf. Seine Entlassung ist das Werk des hiesigen General-Gouverneurs Albedinsky, mit dem er in Sachen der bekannten Landtagsadresse (welche gegen die Einführung der russischen Sprache protestirte und vom Kaiser nicht angenommen wurde) einen heftigen Conflict hatte, nachdem jener einen ungünstigen Bericht über den Inhalt jenes Actenstückes abgesandt hatte. Die allgemeine Niedergeschlagenheit und Verbitterung hat den höchsten Grad erreicht und verzweiflungsvoll fragt man sich allenthalben, was werden soll, nachdem der einzige höhere Beamte entlassen worden, der zugleich das Vertrauen des Landes und der Regierung besaß. — Dazu kommt, daß zu Folge des ungünstigen Ausfalls der Ernten die Zeiten auch materiell sehr schwierige sind und namentlich die Lage der Landwirthschaft eine höchst ungünstige geworden ist; die Bauern sind außer Stande, Pacht oder Rente zu zahlen und die großen Grundbesitzer durch eine übermäßig erhöhte Branntwein-Accise gezwungen, ihre Haupterwerbsmittel, die Brennereien stille stehen zu lassen. Schlimmer noch steht es bei unsern Nachbarn in Süden und Norden; in Finnland nimmt die Hungersnoth täglich größere Proportionen an, in Litthauen gehen die Vorräthe zu Ende und wird nächstens ein Nothstand ausbrechen, der bei dem Mangel aller Vorsorge und der vollständigen Desorganisation der Verwaltung schlimmer werden kann als der in Ostpreußen.

Amerika.

Newyork, 11 Jan. [Im Repräsentantenhause] kam eine Resolution zur Annahme, durch welche der Präsident ersucht wird, für den Fenier Vater Mac Mahon, der in Canada gefangen sitzt, sowie die in Irland Verurtheilten Lynch, Warren, Nagle und Genossen sich bei der Königin zu verwenden. In Washington fand ein Massenmeeting statt, von welchem die Wahrung der Rechte amerikanischer Bürger mit Entschiedenheit gefordert wurde. Der Gesandte bei der Union, Adams, wurde wegen Vernachlässigung seiner Pflicht scharf mitgenommen. Montgomery Blair und Senator Wilson hielten Reden und von anderen Congreßmitgliedern, wie Mr. Colfax, General Banks wurden beistimmende Briefe verlesen. Auch an anderen Orten haben Fenier und ihre Freunde ähnliche Demonstrationen veranstaltet. Nach dem „Newyork Herald" befürchtet man in Canada wieder einen Einfall und die öffentlichen Gebäude sollen dort stark bewacht sein.

— 15. Jan. [Zur Rehabilitirung Stantons.] Mit 35 gegen 6 Stimmen wurde im Senate die Rehabilitirung Stantons in das Kriegsministerium angenommen und General Grant übergab sofort auf das Ansuchen des Wiedereingesetzten diesem die Schlüssel und zeigte dem Präsidenten an, daß mit der ihm zugegangenen officiellen Mittheilung über den Senatsbeschluß seine interimistische Leitung des Kriegsministeriums beendet sei. Um den Präsidenten zu verhindern, General Hancock, der im Süden den bestehenden Civilregierungen neben der Militärherrschaft gesetzliche Befugnisse eingeräumt und seines Vorgängers (Sheridan) Anordnungen umgestoßen hat, in seinen Bestrebungen gegen die Reconstruction zu unterstützen, brachten die Republikaner sodann eine Bill in das Repräsentantenhaus, die den rechtlichen Bestand der Civilregierungen im Süden in Abrede stellt und die Vollmacht der Stellenbesetzung wie der Absetzung im Süden dem Oberbefehlshaber der Armee zuertheilt und Verwendung der Armee oder Marine im Interesse der Aufrechterhaltung jener Regierungen als schweres Vergehen erklärt. Der Präsident hat dagegen im Sinne, dieses Manöver durch einen andern Schachzug zu umgehen und will dem Vernehmen nach militärische Befehle in Zukunft direct an General Grant, statt an das Kriegsministerium gelangen lassen. Uebrigens dürfte General Hancock auch nicht mehr lange gegen den Willen des Congresses in seinem Districte conservative Politik machen: Schon ist in dem Senate eine Resolution in Vorschlag gebracht worden, wodurch der Etat der Generalmajore reducirt und General Hancock sowohl wie Rousseau den Abschied erhalten würde. (Die oben erwähnte Bill ist seitdem, nach Kabeltelegramm, bereits angenommen worden.)

[Die Legislatur von Ohio] hat Richter Sherman als Nachfolger Wade's in den Senat gewählt.

A. A. C. **Newyork,** 15. Januar. [Der Kriegs-Minister Stanton] hat bis jetzt noch keine officiellen Ordres erlassen. — Wie verlautet, soll der Finanzminister M'Cullock sein Departement angewiesen haben, mit Herrn Stanton so lange keine officielle Verbindung zu erhalten, bis sein Status festgestellt ist. — Die Generale Grant und Sherman hatten gestern eine lange Unterredung mit dem Präsidenten Johnson. Man glaubt, daß sie Stanton angegangen haben, seine Entlassung einzureichen.

[Zum Nothstande.] General Scott, der Vorsteher der Freedmen-Büreaus in Süd-Carolina, hat angekündigt, daß den Nothleidenden, mit Ausnahme derjenigen die Baumwolle pflanzen, Regierungsrationen verabreicht werden würden.

[Für Grant.] Die republikanische Staaten-Convention in Connecticut hat sich zu Gunsten der Candidatur Grant's für die Präsidentenwürde ausgesprochen.

[Verkauf von Panzerschiffen.] Einen frappirenden Eindruck macht der auf Veranlassung des Marine-Ministeriums gestellte Antrag, unter Festsetzung eines Minimalpreises 54 Panzerschiffe im Auctionswege zu verkaufen, da man ihrer nicht mehr bedürfe, sie nur unnütze Kosten verursachten, genug zum Dienste übrig blieben und man jederzeit neue und bessere bauen könne.

[Mexicanisches.] Die Newyorker Zeitungen melden aus Veracruz, daß sich daselbst Pater Fischer, der Beichtvater des Kaisers Maximilian, nach Europa eingeschifft habe.

Provinzial-Zeitung.

× **Breslau,** 30. Januar. [Der vaterländische Frauen-Verein] wird in nächster Zeit zum Besten der Armen hiesiger Stadt eine höchst interessante Vorstellung veranstalten. Eine Reihe Tableaux aus der schlesischen Geschichte wird der Mittelpunkt der Vorstellung sein. Zugleich vernehmen wir, daß der Vorstand des besagten Vereins in seiner letzten Sitzung beschlossen hat, vornämlich von jetzt an auf die hier immer mehr steigende Noth sein Augenmerk zu richten. Eine desfallsige Bekanntmachung steht in den nächsten Tagen bevor.

Schlesische Gesellschaft für vaterländische Cultur. Botanische Section.

I. In der Sitzung vom 28. November sprach Herr Dr. Engler über die Flora der Umgegend von Teschen und des mährischen Gesenkes.

Die Flora der Umgegend von Teschen unterscheidet sich von der des übrigen schlesischen Vorgebirges durch das Auftreten einer Anzahl südöstlicher Pflanzen, welche hier oder in Oberschlesien ihre Grenzen finden, und das niedrige Vorkommen einer Anzahl Pflanzen, welche sonst nur in der mittlern Region des Hochgebirges auftreten. Als besonders interessante Localitäten wurden besprochen die Hügelkette von Teschen bis Konska, so wie auch der Tul, berühmt durch seine mannigfaltige Flora, welche von den schlesischen Orchideen fast 80 % zählt. Der Reichthum dieses nur 1906' hohen Berges scheint auf der geognostischen Unterlage (Teschner Kalk) zu beruhen. Als neu wurden von dem Vortragenden für jene Gegend aufgefunden: Stachys annua, Valeriana simplicifolia Kab. und Chaerophyllum ritidum W. K. (Anthriscus dubius Kab.), welches an dem Ufer der Olsa in der nächsten Nähe von Teschen ziemlich verbreitet ist; es wird durch diesen Standort die Lücke zwischen den Fundorten in Oberschlesien und den Centralkarpathen einigermaßen ausgefüllt.

Die Unterschiede zwischen der Flora des Gesenkes und des Riesengebirges sind hauptsächlich folgende: 1) Von den beiden Gebirgen gemeinsamen Pflanzen sind die wirklich alpinen im Riesengebirge verbreiteter, die subalpinen dagegen im Gesenke häufiger.

2) Das Riesengebirge besitzt eine Menge alpiner Pflanzen, welche dem Gesenke fehlen, während umgekehrt die im Gesenke vorkommenden und im Riesengebirge fehlenden Arten zum größten Theil subalpine sind.

3) Das Gesenke besitzt eine Anzahl südöstlicher Pflanzen, welche dem Karpathensystem angehören; auch diese sind meistens subalpine.

Daher ist der Charakter der Flora des Gesenkes ein mehr subalpiner, im Gegensatz zu dem mehr alpinen Charakter des Riesengebirges.

Als Ursachen dieser Erscheinung werden außer der südlichen Lage und der etwas geringeren Höhe des Gesenkes von dem Vortragenden hauptsächlich folgende angeführt:

1) die Gipfel des Riesengebirges sind kegelförmig und zu steil abfallend, als daß sich der auf ihnen durch Verwitterung des Gesteins und Pflanzenreste gebildete Humus erhalten könnte; derselbe wird durch Regen bald herabgeschwemmt. Im Gesenke dagegen sind die Gipfel kuppelförmig und gehen allmälig in die flachen Kämme über, so daß der einmal gebildete Humus jenen Höhen bleibt und eine reichere Vegetation erhalten kann, während die Gipfel des Riesengebirges nur alpinen Pflanzen die nöthigen Bedingungen bieten. Die dem Riesengebirge zukommende Regenmenge sammelt sich zum größten Theil am Fuße der Gipfel auf den flachen ausgedehnten Kämmen, wodurch die Bildung von Hochmooren begünstigt wird, in denen eine Anzahl der dem Gesenke fehlenden Pflanzen vorkommen. Die starke Nebelbildung, welche auf diesen Flächen stattfindet, ist bekanntlich ein äußerst wichtiger Factor für die Existenz der Alpenpflanzen, und besonders der Entwickelung des im Gesenke fehlenden Knieholzes günstig, unter dessen Schutz wieder eine Anzahl anderer Pflanzen fortkommen. Im Gesenke ist die Bewässerung in den obern Regionen in Folge der kuppelförmigen Gestalt der Gipfel und der Abrundung der Kämme eine gleichmäßige, daher auch die Vegetation gleichartiger, aber auch üppiger als in der entsprechenden Höhe des Riesengebirges.

2) Das Klima des Gesenkes, schon jetzt nicht so rauh als im Riesengebirge, muß ehemals milder gewesen sein, da sich bis auf die Kämme und an die untern Theile der Gipfel mächtige alte Stämme, sogenannte Leichen, von Abies excelsa und Sorbus Aucuparia zeigen. Einige seltenere Pflanzen wurden von dem Vortragenden an neuen Fundorten aufgefunden, so Conioselinum Fischeri W. Gr., Laserpitium Archangelica Wlf., Arabis sudetica Tausch, Avena planiculmis Schrad. am sogenannten Schlössel, Salix purpurea L. um 4000' am Nordwestabhang der Janowitzer Haide, Cystopteris sudetica Al. Br. et Milde im Thessthal, und Glyceria nemoralis v. Uechtritz et Koernicke bei Goldenstein.

Derselbe besprach schließlich außer mehreren Monstrositäten einige Metamorphosen, welche sich an den Blüthenorganen der Weiden finden, so die fortschreitende Metamorphose der Staubbl. in Karpelle bei Salix cinerea L., und die rückschreitende Metamorphose der Karpelle in Staubblätter bei derselben Art, so wie auch eine sehr interessante Metamorphose von Karpellen in Laubblätter bei S. Russelina Smith.

II. Herr Dr. Stenzel legte einen Bastard von Geum rivale mit Geum (Sieversia) montanum vor, welchen er in mehreren Exemplaren im Riesengrunde, in einem am oberen Rande des Melzergrundes gefunden hatte, an beiden Stellen unweit der beiden Stammarten. Derselbe stellt in allen Stücken eine ausgezeichnete Mittelform zwischen den Stammarten dar, und unterscheidet sich von Geum sudeticum Tausch (G. inclinatum Schleich.) am bestimmtesten durch den ganz ungeknieten Griffel (an der Frucht-Granne). Er könnte deshalb als Geum (Sieversia) rufescens bezeichnet werden, wenn es nicht, seiner unzweifelhaften Bastardnatur wegen, vorzuziehen wäre, ihn als Geum rivali-montanum aufzuführen, und das G. inclinatum als G. montano-rivale daneben zu stellen.

Ein im Herbarium der schlesischen Gesellschaft befindliches Exemplar, als „G. sudeticum Tausch vom kleinen Teich" bezeichnet, zeigt ausgezeichnete Zwischenformen zwischen dem geknieten Griffel, wie ihn G. rivale hat, und dem geraden des G. montanum und unseres Bastards.

III. Referent legte die so eben erschienene, von Herrn Fabrikanten Brendel hierselbst herausgegebene zweite Serie von 30 botanischen Modellen vor, welche den Blüthenbau einiger interessanten Phanerogamen-Familien, z. B. von Pinus, Taxus, Quercus, Daphne, Cynanchum etc., die Früchte der Leguminosen, Cruciferen und Geraniaceen, sowie die ganze Entwickelungsgeschichte der Farne und Equiseten durch eben so naturgetreue als elegante und dauerhafte plastische Darstellung veranschaulichen. Nachdem bereits die erste Serie von der internationalen Jury der Pariser Ausstellung durch eine ehrenvolle Erwähnung ausgezeichnet, bietet diese zweite, nach vollständiger Umarbeitung der meisten Modelle für den botanischen Unterricht an höheren Lehranstalten ein durchaus vervollkommnetes Hilfsmittel.

F. Cohn, Secretär d. Sect.

—g— **Breslau,** 30. Januar. [Vorträge zum Besten des Kindergärten-Vereins.] Am letzten Freitag entwickelte Hr. Dr. Elsner in der Beantwortung der Frage: „Was geschieht in Breslau zur Bildung des Geschmacks?" ein Bild des öffentlichen Lebens in unserer Stadt seit dem Jahre 1830. Das Jahr der französischen Revolution regte das politische Bewußtsein auch in Schlesien an; beschränkte sich auch diese geistige Anregung zunächst nur auf das politische Gebiet, so brachte sie doch eine Annäherung der gesellschaftlichen Kreise zu einander zu Wege, die Männer der Wissenschaft wurden sich ihrer Pflicht zu lehren, die Handwerker der Nothwendigkeit zu lernen bewußt. Der Regierungsantritt Friedrich Wilhelm IV. gab den Impuls zu noch ausgedehnterem öffentlichen Leben. Des Königs Sinn für das Schöne, für Literatur und Kunst brachte bald große Erleichterungen für die Censur, das Jahr 1848 endlich, wie verschieden man auch über dasselbe denken möge, unleugbar große Veränderungen im öffentlichen Leben; aus den Verwicklungen jenes Jahres seien die Entwicklungen zur Jetztzeit hervorgegangen. Zunächst verdanken wir ihm eine andere Städteordnung und mit ihr ein verändertes Verhältniß der Einwohner zu einander. Der Wettkampf unter den entstandenen politischen Parteien und der Beifall des Publikums, dessen nachtheilige Folge freilich auch die Silbergroschen-Concerte waren, belebte die Bevölkerung. Die städtische Verwaltung blieb nicht mehr beim exclusiven Bürgerthum, ein liberaler, von der Pfennigberechnung des Pfahlbürgerthums entfernter Geist der Versammlung regte eine völlige Umwandlung des durch seine Unsauberkeit berüchtigten Breslaus an. An den Neubauten erzog das Volk sich selbst gleichsam zum Schönen; wohin die alleinige Rücksicht auf das Nothwendige führt, zeigen die Engländer, wo der Sinn für das Schöne so abhanden gekommen war, daß sie bis zu Wilhelm Schlegel das Verständniß ihres Shakespeare verloren hatten; bis dahin war die Vorliebe für ihre großen Dichter nur äußerlich. Ebenso wenig hatten sie auf musikalischem Gebiet Kunstleistungen aufzuweisen und die Ausstellung von 1862 weise dasselbe für die Malerei nach. — Mit der besseren Ausstattung der Stadt nahm der Sinn für öffentliches Zusammenleben zu, erhöhte sich das Interesse für Ausstellungen; in dieser Richtung ist für Breslau der Kunstverein bedeutungsvoll geworden. Er bahnte den Gedanken zur Begründung eines Kunst-Museums, einer Kunstschule an; Dresden und München zeigen den Einfluß solcher Anstalten auf öffentliche Gesittung; in dem Volke erwachen durch das häufige Sehen der Kunst Bewußtsein und Urtheil von derselben; sie übt einen mächtigen Einfluß auf den Menschen und wird, weil sie so unmittelbar an uns herantritt, gefährlich, wenn sie auf Abwege geräth. Das zeigt sich besonders in der Musik; Breslau habe einen guten musikalischen Ruf, und wirklich geschehe hier viel dafür; zur Läuterung des Geschmacks auf diesem Gebiete habe besonders Mosevius beigetragen, ein wahrer Apostel seiner Kunst, der nicht blos technischer Künstler war, sondern auch durch seinen Geschmack und Geist auf das öffentliche Urtheil mächtig einwirkte; spätere Verdienste fußen auf dem seinigen. Die wichtigste Anstalt für Bildung des öffentlichen Geschmacks sei das Theater; seit Jahrzehnten habe der Vortragende dem Breslauer Theater nahe gestanden und erfahren, wie groß der Einfluß der Theaterverwaltung auf den Geschmack des Publikums sei. In dem alten Theater in der Taschenstraße wäre, trotz der erbärmlichen äußeren Ausstattung, das Publikum eine wahrhafte Theater-Gemeinde gewesen. Das Aeußere entsprach dem Geschmacke der alten Breslauer Gemüthlichkeit eben so sehr, wie die damaligen kleinen Kleinburger Kaffeehäuschen und schmutzigen Kretschmereien; trotzdem faßte der finstere Raum einen guten, tonangebenden Stamm von Besuchern und nahm die größten Künstler Schmelka, Stawinski, Ludwig Devrient, Anschütz auf, sah Gäste wie die Sonntag und Schröder-Devrient. Da bildete sich wahres Kunstverständniß und richtiges Urtheil sofort im Theater, dessen größter Raum Parterre war, das von wissenschaftlich gebildeten Männern besetzt mit seinem Urtheil den Ausschlag gab. Mit Haake schloß die gute Zeit dieses Hauses ab; dann verfiel es der Speculation. Im neuen Theater war der Gesang gut, es konnte durch Einzelleistungen und Ensemble mit Hofbühnen concurriren; nach dem Tode des Director Nimbs kehrte wieder die Speculation ein, bis ein Verein das Theater übernahm, der, da er die Verwaltung aus den Händen gab, große Summen opfern mußte. Während des Interimisticums handelte es sich nur um Selbsterhaltung. Positiv schädlich für das Theater ist die vorwiegende Richtung auf die Posse; je besser ihre Aufführung ist, desto schlimmer wirkt sie; die moderne Wiener und Berliner Posse demoralisirt dadurch, daß sie das zerlumpte alltägliche Leben in miserabelster Form vorführt und die gemeine Anlage im Menschen entwickelt; gelten mag auch die Posse, der eine Idee zu Grunde liegt. Die jetzige Theaterleitung schützt uns vor dem Eindringen der Posse; eine gute Oper ist Herrn Lobe zur Zeit nicht möglich. Deshalb wendet er sich dem recitirenden Drama zu, und das ist ein Gewinn, weil, während die Oper eine gewisse Gedankenlosigkeit anbahnte, jenes den Hörer zur Theilnahme auffordert und sein Urtheil läutert. Merkwürdig ist es, daß die Breslauer von jeher keinen Sinn für classische Stücke gezeigt. Ist dem Publikum des bei solchen Aufführungen meist leeren ersten Ranges die Unmittelbarkeit der Empfindung abhanden gekommen? Ist es Blasirtheit oder glaubt es diese Werke schon aus der Lectüre hinlänglich zu kennen? Gerade an die gebildeten Stände tritt die Anforderung heran, mit gutem Beispiele voranzugehen. Die Vermischung der Stände ist von großem Einfluß auf den Geist der Bevölkerung; daß die niederen Stände dadurch anmaßend würden, sei nicht richtig; jedenfalls habe sich der öffentliche Geist gebessert; die Anlage der Promenade und Scheitnigs wären bei der Einwohnerschaft Breslaus in den 30er Jahren nicht möglich gewesen; wenn die Bevölkerung Berlins gesitteter erscheine, so sei zu bedenken, daß Berlin aus einer Residenz Fabrikstadt geworden sei, Breslau sich aus einer bescheidenen Provinzial-Stadt erst herausgearbeitet habe. Die noch vorkommenden Rohheiten fallen auf den, in großen Städten immer vorhandenen Pöbel. In den Arbeiterkreisen herrscht ein anderer Geist; sie bilden sich durch Vorträge und Vereine; diesen Geist zu pflegen sei Pflicht des Bürgerstandes, um so mehr, da der Adel der Provinz, in unerfreulichem Unterschiede vom österreichischen Adel bei dem Streben nach Kunstentwicklung fast gänzlich fehle. — Den nächsten und letzten Vortrag des Cyclus hält Hr. Dr. Rhode Freitag, den 31. d. M., über das Zeitalter Friedrich II. und Joseph II.

Subhastationen im Februar.

Reg.-Bez. Breslau.

Sayne, Bauergut Nr. 13, abg. 4352 Thlr., 18. Febr. 11 U., Kr.-Ger.-Dep. Trachenberg.

Breslau, Grundstück 5, 6, 76, 8, 7 u. Wiesen-Antheil Nr. 53 zu Althof-Naß, abg. zusammen 44,618 Thlr., 5. Febr. 10½ U., Kr.-Ger. 2. Abth. Breslau.

— Grundstück „Friedrichsruh" der Gellhorngasse, abg. 8064 Thlr., 27. Febr. 11 U., Stadtger. 1. Abth. Breslau.

Albendorf, Grundstück Nr. 24, abg. 1271 Thlr., 29. Febr. 11½ U., Kr.-Ger.-Comm. Wünschelburg.

Gr.-Bresa, Freistelle Nr. 8, abg. 2050 Thlr., 29. Febr. 10½ U., Kr.-Ger. 2. Abth. Breslau.

Heinrichau, Haus 43, abg. 3060 Thlr., 29. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Münsterberg.

Reiersdorf, Colonistenstelle Nr. 116, abg. 1550 Thlr. 11 U., Kr.-Ger.-Comm., Bez. 1, Landeck.

Reg.-Bez. Liegnitz.

Günthersdorf, Scholtisei und Bauer-Nahrung Nr. 61, abg. 4820 Thlr., 8. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau.

Gersdorf a. Q., Grundstück Nr. 410, abg. 1097 Thlr., 10. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau.

Schnellförthel, Bauergut Nr. 7, abg. 1200 Thlr., 10. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Görlitz.

Ober-Harpersdorf-Armenruh, Klein-Kretscham Nr. 61, abg. 3075 Thlr., Ackerstück 82, abg. 1173 Thlr., Ackerstück Nr. 203 zu Nieder-Harpersdorf, abg. 396 Thlr., Häuslerstelle Nr. 107 ebend., abg. 325 Thlr., 10. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Goldberg.

Straupitz, Gärtner- u. Häuslerstelle Nr. 126, abg. 2043 Thlr., 6. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Hirschberg.

Waldau, Grundstück Nr. 157, abg. 1710 Thlr., 11. Febr. 12 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Liegnitz.

Groß-Petersdorf, Häusler-Nahrung Nr. 83, abg. 1300 Thlr., 14. Febr. 11 U., Kr.-Ger.Comm. Priebus.

Schmiedeberg, Besitzung Nr. 603, abg. 2936 Thlr., 14. Febr. 11 U., Kr.-Ger.-Comm. Schmiedeberg.

Lichtenwaldau, Restscholtisei-Nahrung Nr. 28, abg. 5027 Thlr., 13. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Bunzlau.

Prittag, Mühle Nr. 157, abg. 2617 Thlr., 13. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Grünberg.

Petschkendorf, Bauergut Nr. 16, abg. 2104 Thlr., 19. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Lüben.

Rothenburg, Grundstück Nr. 159, abg. 3484 Thlr., 10. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Rothenburg.

Ober-Eulau, Grundstück Nr. 73, abg. 3100 Thlr., 29. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Sprottau.

Rapsen, Gärtnerstelle Nr. 19, abg. 1559 Thlr., 26. Febr. 11 U., Kr.-Ger. 1. Abth. Glogau.

Neu-Gebhardsdorf, Garten-Grundstück Nr. 85, abg. 1000 Thlr. und Nr. 86, abg. 550 Thlr., 12. Febr. 11 U., Kr.-Ger.-Comm. Meffersdorf.

Breslau, 28. Jan. [Frauenbildungsverein.] Gestern Abend fand in dem üblichen Versammlungs-Locale, dem Prüfungssaale der höhern Töchterschule auf der alten Taschenstraße, die Generalversammlung des Vereins statt, in der Hr. Director Gleim den Vorsitz übernahm. Derselbe machte zunächst Mittheilungen aus dem im Druck erschienenen Rechenschaftsberichte des Vorstandes für das Jahr 1867. Der Verein, dessen Vorstand die Damen Hobrecht, Fräul. Gleim, die Frauen Elise Oelsner, Malw. Sachs, A. Simson, sowie Prof. Dr. Eberty und der Vorsitzende bildeten, hat das zweite Jahr seines Bestehens mit der erfreulichen Thatsache geschlossen, daß sich die steigende Theilnahme durch Zunehmen der Zahl der Vereinsmitglieder offenbart hat. Der Vorstand läßt sich in der Vorrede zu seinem Bericht weiter aus über die Bazare für Arbeiterinnen, von denen er nur dauernde Vortheile erwartet, wenn der Weg der Genossenschaften eingeschlagen werde. Einen Anfang damit will der Vorstand durch die bereits angekündigte Beschaffung billigen Nähmaterials machen, was er dann auf Rohmaterial für Wollarbeiten ausdehnen will, um daraus allmälig eine Productiv- oder Erwerbsgenossenschaft für Erzeugung und Verkauf von Wollarbeiten entstehen zu lassen." — Die Mitgliederzahl hat im v. J. 284 betragen, Einnahmen incl. Ueberschuß aus 1866 264 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf., Ausgaben für Inserate, Lehrerbesoldung, Bedienung ꝛc. 173 Thlr. 6 Sgr. 6 Pf., so daß für das Jahr 1868 ein Bestand von 91 Thlr. 5 Sgr. verblieb, zu welch glücklichem Resultat namentlich die Gewährung des gegenwärtigen Vereinslocals seitens des Magistrats beigetragen hat. Die Thätigkeit des Vereins erstreckte sich auf die Fortbildungsschule, an der 50 Mitglieder theilnahmen; gelehrt wurden Anfangs deutsche Sprache, Schreiben, Geschichte und Geographie, doch verringerte sich der Besuch, namentlich in den Sommermonaten, in auffallender Weise, weshalb in der Folge der

Unterricht nur vom Januar bis April und vom September bis December fortbestehen solle. Im October traten 35 neue Schülerinnen ein und änderte sich der Lehrplan in der Weise, daß nur deutscher, Schreib- und Rechnen-Unterricht ertheilt wird, welchen die Herren Lehrer Tillert und Walther leiten. Der Buchhaltungs-Unterricht, den Hr. Silberstein ertheilt, hat im 1. Cursus 10, im 2. 9 Schülerinnen gezählt, die mit einem befriedigenden Examen dessen Erfolg bezeigten. Das Honorar war für Sämmtliche auf die Hälfte ermäßigt. Einem lebhaften Bedürfniß des Publikums hat der Verein durch Ausbildung von Kinderwärterinnen entsprochen. Dieselben fanden außer der ihnen gewährten Nothhilfe in der Fortbildungsschule des Vereins Gelegenheit im Kindergarten, Fröbel'sche Grundsätze, im Augusten-Hospital Wartung und Verbindung kranker Kinder üben zu lernen, bei einer Näh-Lehrerin Unterricht darin, und in Haushaltungen, in den hauswirthschaftlichen Verrichtungen (auch im Frisiren) Unterweisung. Der Erfolg war ein guter, das Lohn solcher Mädchen beträgt 32—50 Thlr., eins wurde nach England engagirt. Ein neuer Cursus hat bereits begonnen. Vorträge wurden 16 im Jahre gehalten, in den Sommermonaten und im December ausgesetzt. Im Nachweisungs-Bureau für Frauen-Arbeit suchten 58 Arbeitnehmerinnen Arbeit, wogegen sich nur 15 Arbeitgeber meldeten. Dasselbe wurde durch die im November erfolgte Eröffnung des „Bazars für Frauen-Arbeiten", welcher die Vermittelung dieser Beziehung übernahm, seiner Functionen enthoben. Der „Bazar für Frauen-Arbeit", den für die kurze Zeit der Weihnachtsperiode der Vorstand versuchsweise beschloß, hat Anfang December sich von dem „Frauen-Bildungs-Verein" losgetrennt. Ueber die Errichtung von Lokalen mit Nähmaschinen ist erst vor Kurzem besonders berichtet worden. Herr Mandowski (Ring 43) stellt 15 zur Disposition, à Stunde 1 Sgr., Frl. Jacobi (Neumarkt Nr. 35) und Frl. Florent. Simon (Neudorferstraße 6a.) je eine, Letztere liefert für 2 Sgr. pro Stunde auch das Nähgarn. An die Mittheilung des Berichtes knüpfte sich eine Interpellation über das Verhältniß des Bazars zum Verein und über die Gründe der Trennung desselben von diesem, von der keine Förderung der Vereinsbestrebungen zu erwarten stehe, resp. über die Gründe des Vorstandes gegen einen dauernden Bazar, welche namentlich von Herrn und Frau Simson beantwortet wurden. Schließlich stellte Frau Simson in Rücksicht auf das in diesen Tagen gebildete Comite zur Beförderung der weiblichen Erwerbsthätigkeit den Antrag, „in allen öffentlichen Anzeigen des Frauen-Bildungs-Vereins" einen dahin gehenden Zusatz zu machen, der das Publikum daran erinnere, daß auch dieser Theil des Vereinsprogramms gepflegt werde. Der Vorsitzende und Literat Krause bekämpften diesen Antrag als an sich unnöthig, da für den bestehenden Verein seine Thätigkeit der beste Beweis sei, daß er weibliche Erwerbsthätigkeit fördere, dem etwa neu von jenem Comite zu bildenden Verein gegenüber der Zusatz einer der Frauensache nicht förderlichen Gegenüberstellung nicht unähnlich sei. Bei der Abstimmung wurde, nachdem mehrere Damen Herrn Simson die Annahme des Zusatzes empfohlen hatten, der Antrag, die Sache an den Ausschuß zu verweisen, abgelehnt, und der Simson'sche Antrag auf jenen Zusatz angenommen. Ein Vorstandsmitglied zeigte dann an, daß in nächster Versammlung die statutenmäßige Vorschlagsliste für Neuwahl der 29 Mitglieder des Ausschusses vertheilt werden solle, die heute bereits verlesen worden sei. Die Vereinsmitglieder haben dann nach Befinden ihre Wahl zu treffen und die Zettel verschlossen zurückzugeben. Endlich wurde dann mitgetheilt, daß am nächsten Montag Herr Mandowski zur größeren Bequemlichkeit der Mitglieder ihnen im Verein das nöthige Garn liefern wolle. —

M. **Breslau**, 30. Januar. [Schlesischer Central-Verein zum Schutz der Thiere.] Der Vorsitzende, Herr Literat Carlo theilte aus dem „Androclus" die Nachricht von der 25jährigen Jubelfeier des Herrn Dr. Warburg in Hamburg mit, welcher nächst dem Hofrath Perner in München das größte Verdienst um die Thierschutzsache beanspruchen kann. Nach dem neuesten „Bolletim" aus Triest gewinnt das Streben in Italien zu Gunsten der Thiere ungeheure Dimensionen. In Rom, Palermo und anderen Städten zählen die Mitglieder der Thierschutzvereine nach Tausenden. Vor wenigen Wochen hat sich in München ein neuer Thierschutz-Verein gebildet, an dessen Spitze Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert von Baiern steht und außerdem vier Glieder der königlichen Familie und Personen aus den distinguirtesten Klassen zu Mitgliedern hat, deren Zahl schon bei der Constituirung über 800 war. Erhebend ist die Pietät gegen Perner, bei dessen Lebzeiten man keinen neuen Verein gründete und dessen Grab von der Bewohnerschaft Münchens mit größter Sorgfalt gepflegt wird. Der wichtigste Gegenstand der Berathung war der aus Hamburg eingegangene Antrag, daß unser Verein sich den Bemühungen des dortigen Vereins zur Erreichung eines allgemeinen Norddeutschen Thierschutz-Gesetzes anschließen möchte, was ganz allgemein mit Freuden zugesagt wurde. Das neue Ehrenmitglied des Vereins, Frau Bürgermeister Glauer, dankte mündlich und schriftlich für die ihr gewordene Auszeichnung. Erfreulich war die Mittheilung des Vorsitzenden, daß die Bemühungen der Forst-, Landwirthschafts-, Gartenbau- und Thierschutzvereine in Bezug auf die Singvögel schon anfangen, gute Erfolge zu haben.

⊙ **Görlitz**, 29. Jan. [Zur Schule.] Gestern fand eine Versammlung hiesiger Elementarlehrer statt, um über den Anschluß an die Petition der Berliner Lehrer zu berathen. Nach längerer Debatte ward der Anschluß verworfen, weil die Gründe, warum die Petition ein so ungenügendes Provisorium fordert, nicht klar ersichtlich waren, und das Provisorium das Definitivum nur hinausschieben würde. Daß man sich auch ohne Dotationsgesetz zu helfen wissen wird, ist aus dem Vorgehen der königlichen Regierung zu Liegnitz ersichtlich. Dem Vernehmen nach soll sie die Bestätigung der hier zu Ostern neu zu errichtenden Mittelschule von der Aufbesserung der Lehrergehälter abhängig gemacht und ein Durchschnittsgehalt von 500 Thlrn. gefordert haben. Daß die hiesige Commune für Schulen zwar viel, für die Elementarlehrer aber nicht mehr als weit ärmere Stadtgemeinden gethan hat, beweist das Factum, daß gegenwärtig das Maximum von 600 Thalern unter fünfundfünfzig Lehrern nur einer bezieht. Das Minimalgehalt der Literaten beträgt zwischen 600—700 Thlrn.

Meteorologische Beobachtungen.

Der Barometerstand bei 0 Grd. in Pariser Linien, die Temperatur der Luft nach Reaumur.	Barometer.	Luft-Temperatur.	Windrichtung und Stärke.	Wetter.
Breslau, 30. Jan. 10 U. Ab.	334,06	0,0	SW. 1.	Trübe.
31. Januar 6 U. Mrg.	332,72	+1,2	S. 1.	Bed., Schnee u. Reg.

Breslau, 31. Jan. [Wasserstand.] O.-P. 16 F. 2 Z. U.-P. 3 F. 11. Eisstand.

Telegraphische Depeschen
aus dem Wolff'schen Telegraphen-Bureau.

Kopenhagen, 30. Januar. Der Vertrag über den Verkauf der westindischen Inseln wurde heute in zweiter und letzter Lesung vom Landsthing ohne Discussion und einstimmig angenommen. Die Angelegenheit ist somit im Reichstage als erledigt zu betrachten.

Florenz, 30. Jan. Gerüchtweise verlautet, daß demnächst eine aus spanischen Freiwilligen bestehende Legion, welche unter der besonderen Protection der Königin Isabella steht, in Rom eintreffen werde; auch aus Nordamerika werden Freiwillige erwartet, welche in den Dienst des Papstes treten wollen.

Florenz, 30. Januar. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer meldet Comin eine Interpellation über die Vorbereitungen, welche man zur Entsendung eines Seegeschwaders nach Südamerika gemacht hat, an, und motivirt dieselbe mit den Worten: Die Kammer und das Land müssen die Absichten der Regierung kennen, um nicht in gefährliche und unheilbare Ereignisse verwickelt zu werden. Der Minister-Präsident Menabrea glaubt nicht über Maßnahmen Rede stehen zu sollen, welche die Regierung auf ihre Verantwortlichkeit treffen zu müssen glaubte, um die Interessen der Italiener im Auslande zu schützen. Die Regierung behalte sich vor, seiner Zeit über ihre Handlungen Erklärungen zu geben. Einstweilen glaubte die Regierung nach diesem Endziele handeln zu müssen, sie sei aber nicht verpflichtet ihre Pläne mitzutheilen; nicht in der Absicht, das Land in gefährliche Abenteuer zu verwickeln, sondern um den gerechten Ansprüchen der Landsleute zu entsprechen, deren Schutz eine Pflicht der Regierung sei. Die Kammer weist die angemeldete Interpellation zurück und tritt alsdann in die Discussion über das landwirthschaftliche Budget ein.

Cork, 29. Jan. Einige Einzelnheiten sind über den Angriff einer Bande Fenier auf den Martello-Thurm bei Duncannon unweit Waterford bekannt geworden. Als die aus einem benachbarten Fort herbeigerufenen Truppen an Ort und Stelle anlangten, forderte der commandirende Offizier die Fenier auf, sich zu ergeben. Deren Führer rief seinem Trupp zu, Widerstand zu leisten. Die Insurgenten schossen und verwundeten einen der Soldaten. Dieselben erwiderten das Feuer, worauf zwei Insurgenten fielen und von den Ihrigen mit fortgetragen wurden. Trotz eifriger Verfolgung wurde keiner der Flüchtigen eingeholt. (T. B. f. N.)

Neapel, 29. Jan. In der vergangenen Nacht wurden, wie schon gemeldet, durch einen Bergrutsch gegenüber den Thoren von Castello Nuovo die benachbarten Häuser verschüttet. Ein vorüberfahrender Omnibus, sowie eine Equipage wurden gleichfalls unter den Trümmern begraben. Die Straße ist mit Felsmassen angefüllt. Die Ausgrabungen haben sofort begonnen. Der Verlust an Menschenleben ist noch unbekannt. (T. B. f. N.)

Konstantinopel, 29. Jan. Der „Levant Herald" veröffentlicht Nachrichten aus Syra vom 22. Januar. Nach denselben hat der griechische Blokadenkreuzer „Enossis" wiederum eine glückliche Fahrt nach Creta gemacht und seine Ladung wohlbehalten ausgeschifft.

In Bulgarien und in den Donaufürstenthümern hat ein so starker Schneefall stattgefunden, daß der Postverkehr 10 Tage lang unterbrochen war. (T. B. f. N.)

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Wolff's Telegr. Bureau.)

Paris, 30. Januar, Nachm. 3 Uhr. Fest. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93⅝ gemeldet. — Schluß-Course: 3proc. Rente 68, 47½. Italienische 5proc. Rente 43, 05. Oesterr. Staats-Eisenbahn-Actien 513, 75. Credit-Mobil.-Actien 170, 00. Lomb. Eisenb.-Actien 352, 50. Osterreich. Anleihe von 1865 pr. cpt. 340, 00. 6proc. Ver.-St.-Anl. pr. 1882 (ungest.) 81½.

Paris 30. Januar, Nachmitt. 1 Uhr 50 Minuten. Bankausweis. Vermehrt: Baarvorrath um 15⅗, Portefeuille um 7⅓, Guthaben des Staatsschatzes um ¼, laufende Rechnungen der Privaten um 25 Millionen Francs. Vermindert: Vorschüsse auf Werthpapiere um ⅔, Notenumlauf um ⅖ Millionen Francs.

London, 30. Januar, Nachmitt. 4 Uhr. Schluß-Course. Consols 93 11/16. 1proc. Spanier 36 9/16. Italienische 5proc. Rente 42 13/16. Lombarden 14 1/16. Mexicaner 16. 5% Russen 86⅞. Neue Russen 86⅜. Silber 60½. Türk. Anleihe von 1865 32. 6proc. Verein. Staaten-Anl. pro 1882 72 1/16. — Aus der Bank von England sind zum Export 71,000 Pfd. St. in Goldbarren ausgeführt.

London, 30. Jan., Abends. Bankausweis. Notenumlauf 23,474,530, (Abnahme 394,340), Baarvorrath 22,319,625 (Zunahme 118,722), Notenreverse 12,728,990 (Zunahme 516,940) Pfd. St.

Florenz, 30. Jan., Vorm. Italien. Rente 49, 60. Napoleonsdor 22, 90.

Frankfurt a. M., 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Schluß-Course: Wiener Wechsel 99. Oesterr. National-Anleihe 53½. 6% Verein. Staaten-Anleihe pr. 1882 76⅛. Hessische Ludwigsbahn 130. Baierische Prämien-Anleihe 99⅞. 1854er Loose 61¾. 1860er Loose 71. 1864er Loose 79. Sehr fest bei großem Umsatz, Ultimoregulirung leicht. Nach Schluß der Börse: Credit-Actien 185⅝, Staatsbahn 243.

Frankfurt a. M., 30. Jan., Abends. [Effecten-Societät.] Günstig. Amerikaner 76 3/16. Creditactien 185, 62. Steuerfreie Anleihe 48 11/16. 1860er Loose 71¼. Staatsbahn 243⅝.

Wien, 30. Jan. [Abend-Börse.] Credit-Actien 187, 30. 1860er Loose 84, 30. 1864er Loose 80, 25. Staatsbahn 246, 10. Steuerfreie Anleihe —, —. Napoleonsd'or 9, 56½. Fest. 1864er Loose besonders animirt.

Hamburg, 30. Januar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Prämien-Anleihe 84¼. National-Anleihe —. Oesterr. Credit-Actien 78¾. Oesterreichische 1860er Loose 70⅝. Staatsbahn 510. Lombarden 344½. Italien. Rente 42¾. Vereinsbank 111. Norddeutsche Bank 119. Rheinische Bahn 114⅜. Nordbahn 94⅝. Altona-Kiel —. Finnländische Anleihe —. 1864er Russische Prämien-Anleihe 96⅞. 1866er Russ. Prämien-Anleihe 95¾. 6proc. Verein. St.-Anleihe pr. 1882 69⅜. Disconto 1½ pCt. — Fonds sehr angenehm, Valuten ruhig.

Hamburg, 30. Januar, Nachm. 2 Uhr 30 Min. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco sehr fest. Roggen auf Termine wesentlich höher. Weizen per Januar 5400 Pfund netto 178½ Bankothaler Br., 177½ Gd., per Jan.-Febr. 177½ Br., 176½ Gld., per Frühjahr 178 Br. u. Gld. Roggen per Jan. 5000 Pfd. Brutto 142 Br., 141 Gd., per Jan.-Febr. 142 Br., 141 Gld., per Frühjahr 140 Br., 139 Gd. Hafer fest. Rüböl flau, loco 22⅜, per Mai 23. Kaffee unverändert. Zink sehr stille.

New-York, 30. Januar, Abends. Wechsel auf London 109¾. Gold-Agio 40⅞. Bonds 111⅛. Illinois 134½. Eriebahn 75. Baumwolle 19. Petroleum 24. Mais 1, 26. Bonds 1885er 109¾. 1904er Bonds 104¼.

Liverpool, 30. Januar, Mittags. Baumwolle: 20,000 Ballen Umsatz. New-Orleans 8⅛. Georgia 7⅞. Fair Dhollerah 6½. Middling fair Dhollerah 6¼. Good middling Dhollerah 6. Bengal 5¼. Good fair Bengal 5½. Fine Bengal —. New fair Oomra 6½. Fair Oomra —. Good fair Oomra —. Pernam —. Egyptian —. Smyrna —. Orleans schwimmend —. Savannah schwimmend —. Für Orleans Februar-Verschiffung 8 bez.

London, 30. Januar. Petroleum besser, 15. Leinöl ab Hull loco weichend, 33½.

London, 30. Januar, Nachm. Preise für Talg und Leinöl weichend. In Zucker ruhiges Geschäft, eine Ladung guter Panamazucker zu 22 verkauft. Kaffee gefragter zu niedrigeren Preisen. Inhaber halten fest. Für Indigo schwimmend 34 Annas vergebens geboten. Reis ruhig.

Vom Kap Nassau (Guyana) wird gemeldet, daß die preußische Brigg „Beate" von Jacmel (Hayti) nach Falmouth unterwegs am 7. December gescheitert ist. 1800 Sack Kaffee sind gerettet.

London, 30. Jan., Abends. Eine Petroleumladung wurde mit 15 bezahlt. Terpentinöl 29½. Zink ruhig. Specialmarke loco London wurde mit 20⅜ bez. Talg flau. Hanf 39. Leinsaat feine Sorte mit 61 bis 62 bezahlt. Olivenöl von Gallipoli 72.

Newyork, 29. Januar. (Per atlantisches Kabel.) [Wöchentlicher Baumwoll-Bericht.] (Von Jansen, Schmidt u. Ruperti.) Middling Upland per Dampfer nach Liverpool „Cost und Fracht" mit Abzug von 6 pCt. 8⅛ D.

New-Orleans, 29. Januar. (Pr. atlantisches Kabel.) (Wöchentlicher Baumwollbericht von Williams, Ruperti u. Comp.) Middling Orleans pr. Dampfer nach Liverpool, „Cost und Fracht" mit Abzug von 6% 8¼ D., do. pr. Segelschiff 7⅞ D.

Bombay, 25. Jan. New-Oomra 538, New-Dhollerah 478 incl. „Cost und Fracht" nach Havre.

Bombay, 27. Jan. (Bericht von Volkart Brothers.) Baumwolle ruhig. New-Oomra 147 R. = 5¼ D., Cost und Fracht nach Liverpool. 7pfdge Grey-Shirtings 5 R., 8¼ Grey-Shirtings 6 R. 40er Mule Twist 10¼ R., 30er Calvert Twist 10¼ R., fest.

Havanna, 29. Jan. (Pr. atlantisches Kabel.) Zucker und Cours auf London unverändert.

Breslan, 30. Jan. [Wollbericht.] Im Monat Januar wurden ca 5000 Ctr. Wolle verschiedenster Gattungen an zollvereinsländische Kammgarn-Spinner und Tuchfabrikanten, hiesige Commissionshäuser und österreichische Händler verkauft.

Die Preise waren unverändert gedrückt und so niedrig, wie im December. Die Eigner bleiben verkaufslustig und ist die Auswahl in fast allen Gattungen eine recht schöne und reichhaltige.

Die Handelskammer. Commission für Wollberichte.

Berlin, 30. Januar. Die Ultimoabwickelung machte sich unter keinen weiteren Schwierigkeiten als denen, die bei einzelnen Speculationspapieren durch den mehr hervortretenden Stückmangel erzeugt wurden. Decouvert trat besonders bei Lombarden hervor, auf welche zudem Paris Einfluß übte; die Umsätze darin waren sehr beträchtlich, der Deport steigerte sich auf ½—¾, auch für Credit und Franzosen, von denen erstere etwas anziehend, hob sich der Deport auf ¼, in beiden genannten Papieren war der Verkehr, nächst Lombarden, am regsten. Italiener behaupteten den höheren gestrigen Preis; Amerikaner überstiegen die letzte Notiz unbedeutend. Oesterr. Fonds hielten letzten Stand, auch russ. variirten wenig, neue russ. Prämien-Anleihe in Liquidation knapp und deshalb etwas anziehend; Rum. Anl. hob sich ebenfalls, die deutschen Anleihen erzielten die Course des Vortages. Badische 4½%tige zog ein wenig an. Ueber Eisenbahnen bleibt kaum etwas zu berichten, die Mehrzahl begegnete einer festen Haltung der Abgeber bei nicht besonders hervortretender Kauflust, Löbau-Zittau drückten sich ein wenig, Oberschles. Litt. A. waren unwesentlich erhöht zu placiren; auch Rheinische und Köln-Mind. profitirten, Berg. gaben etwas nach, Mainzer gut behauptet. Prioritäten waren heute nicht beachtet, nur Berl.-Görl. 5% I. Priorität bezahlte und nahm man zu 98. Fünfkirchner 70¾ B., Poti-Tiflis 74⅛ bez. Von Banken waren Darmstädter in Posten steigend umgesetzt, auch Leipziger und Genfer bedangen mehr, Geraer und Moldauer wichen. Für preußische Anleihen war die Stimmung matt. 4%ige und Staatsschuldscheine gaben nach, neueste 4½%ige handelte man zu 95⅛; Pfand- und Rentenbriefe zeigten sich vernachlässigt. — Prämie für Amerikaner per ult. Februar 76¾—¾, per ult. März 77—1. — Wechsel fest und mäßig belebt.

Liquidations-Course: Italiener 43¼, Credit 79¾, 1860er Loose 71¼, Galizier 84¾, Westbahn 62½, Franzosen 138¾, Lombarden 94, Russ. Präm.-Anleihe 102 resp. 101½, Amerikaner 76½, Russ. Banknoten 84¾, Wien und Eisenbahnen zur heutigen Mittelnotiz. (B.- u. H.-Z.)

[Breslauer Börse vom 31. Jan.] Schluß-Course (1 Uhr Nachm.) Russisch Papiergeld 84⅞ bez. Oesterr. Banknoten 85⅛—1/12 bez. Schles. Rentenbriefe 90 7/12—⅔ bez. Schles. Pfandbriefe 83⅝ Br. Oesterr. National-Anleihe 55⅝ Gld. Freiburger 119 Br. Reisse-Brieger —. Oberschlesische Litt. A. und C. 185 bez. u. Br. Wilhelmsbahn 77¾—78 bez. Oppeln-Tarnowitzer 74 Br. Oesterr. Creditbank-Actien 79½ Gld. Schles. Bank-Verein 112 Br. 1860er Loose —. Amerikaner 76½—⅝ bez. u. Br. Warschau-Wiener 58¼ bez. Minerva 33¾ bez. u. Br. Baierische Anleihe —. Italiener 43¼—⅜ bez. u. Br.

Breslau, 31. Januar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der polizeilichen Commission pr. Scheffel in Silbergroschen.

	fein	mittel	ordin.		fein	mittel	ordin.
Weizen, weißer	120—122	117	109—112	Gerste	66—68	64	60—62
do. gelber,	119—120	116	108—111	Hafer	44	43	41—42
Roggen	95 96	94	92—93	Erbsen	78—82	76	72—74

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Commission zur Feststellung der Marktpreise von **Raps** und **Rübsen**.

Raps	194	184	170	pr. 150 Pfd. Brutto in Sgr.
Winterrübsen	179	169	159	
Sommerrübsen	167	157	147	
Dotter	165	155	145	

Loco- (Kartoffel-) Spiritus pr. 100 Qrt. bei 80% Tralles 18⅚ Br. ⅔ Gld.

Officiell gekündigt: — Ctr. Weizen. 3000 Ctr. Roggen. — Ctr. Leinöl. — Ctr. Rüböl. — Qrt. Spiritus. — Ctr. Leinkuchen.

Berliner Börse vom 30. Januar 1868.

Fonds und Geld-Course.

Freiw. Staats-Anl.	4½	95½ bz.
Staats-Anl. von 1859	5	103⅛ bz.
dito 1854. 55. 57	4½	95½ bz.
dito 1859	4½	95½ bz.
dito 1856	4½	95½ bz.
dito 1864	4½	95½ bz.
dito 1867	4½	95½ bz.
dito 1850/52	4	89¼ bz.
dito 1853	4	89¼ bz.
dito 1862	4	89¼ bz.
Staats-Schuldscheine	3½	83 bz.
Präm.-Anl. von 1855	3½	115¼ G.
Berliner Stadt-Oblig.	4½	96¼ B.
Pfandbriefe. Kur- u. Neumärk.	3½	76⅝ bz.
Pommersche	3½	76 bz.
Posensche	4	— — —
dito	3½	— — —
dito neue	4	84⅞ bz.
Schlesische	3½	83⅝ G.
Rentenbriefe. Kur- u. Neumärk.	4	90¼ B.
Pommersche	4	90¼ B.
Posensche	4	88⅞ bz.
Preussische	4	88¾ G.
Westph. u. Rhein.	4	92½ G.
Sächsische	4	90½ G.
Schlesische	4	90½ bz.
Louisd'or 112¾ bz.	Oest. Bk.	85⅛ bz.
Goldk. 9. 10 bz. G.	Poln. Bkn.	— — —

Ausländische Fonds.

Oesterr. Metalliques	5	48 bz.
dito Nat.-Anl.	5	55⅝ bz.
dito Lot.-A. v. 60	5	71¼ bz.
dito dito 64	—	44¾ bz.
dito 54er Pr.-A.	4	63¼ G.
dito Eisenb.-L.	—	72¾ bz.
Ital. neue 5proc. Anl.	5	43¼ bz.
Russ.-Engl. Anl. 1862	5	85¾ bz.
dito Poln.-Sch.-Obl.	4	63⅞ bz.
Poln. Pfandbr. III. Em.	4	57⅞ B.
dito Liqu.-Pfandbr.	4	50 B.
Poln. Obl. à 500 Fl.	4	95¾ G.
dito à 300 Fl.	5	92 B.
Kurhess. 40 Thlr. Obl.	—	53⅜ b.
Baden. 35 Fl. Loose	—	29½ B.
Amerikan. St.-Anl.	6	76½ a ⅜ à ½ bz.

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märkische	4½	96 G.
dito II.	4½	94½ G
dito IV.	4½	92¾ bz. u. G.
dito III. v. St. 3½ g.	3½	77 bz.
Cöln-Minden	4½	97¾ G.
dito II.	5	102 B.
dito	4	84½ B.
dito III.	4	83¼ et. bz. u. B.
dito	4½	93¾ G.
dito IV.	4	83 G.
dito V.	4	83 G.
Cos.-Oderb. (Wilh.)	4½	— — —
dito III. Em.	4	— — —
dito IV. Em.	4½	85½ B.
Gal. Ludwigsb.	5	80¾ B.
Niederschl.-Märk.	4	88 B.
dito conv.	4	87⅞ G.
dito III.	4	86 B.
dito IV.	4½	95½ bz.
Ndschl. Zweigb. L. C.	5	100½ B.
Oberschles. A.	4	— — —
dito B.	3½	77½ G.
dito C.	4	85¼ bz.
dito D.	4	85¼ bz.
dito E.	3½	77½ B.
dito F.	4½	93¼ G.
dito G.	4½	92½ B.
Oesterr.-Franz.	3	259½ bz.
Oesterr. südl. St.-B.	3	209¼ bz. u. B.
Rhein. v. St. gar.	4½	95½ B.
Rhein-Nahe-B. gar.	4½	93¼ bz.

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Dividende pro	1865.	1866.		
Aachen-Mastrich	—	—	4	28⅜ bz.
Amsterd. Rottd.	7¼	4¾	4	100½ B.
Berg.-Märkische	9	8	4	135¾ bz.
Berlin-Anhalt	13	13¼	4	211½ bz.
Berlin-Görlitz	—	—	4	78½ bz.
dito St.-Prior.	—	—	4	97¼ bz.
Berlin-Hamburg	9½	9	4	160 bz.
Berl.-Potsd-Mgd.	16	16	4	198½ bz. u. G.
Berlin-Stettin	8	8 7/12	4	137 bz. u. B.
Böhm.-Westb.	—	5	5	62½ bz.
Breslau-Freib.	9	9⅙	4	118⅞ bz.
Cöln-Minden	17⅔	9	4	135¾ bz.
Cosel-Oderberg	2¼	2⅛	4	77½ bz. u. G.
dito St.-Prior.	—	4½	4½	85 bz.
dito dito	—	5	5	89½ bz. u. G.
Galiz. Ludwigsb.	5	—	5	85 B.
Ludwigsh. Bexb.	10	10⅔	4	150½ B.
Magd.-Halberst.	15	—	4	169 G.
Magd.-Leipzig	20	—	4	205 bz.
Mainz-Ludwgsh.	8	—	4	127¼ bz. u. G.
Mecklenburger	3	3	4	75¼ bz.
Neisse-Brieger	5 5/12	—	4	90⅛ bz.
Niedrschl.-Märk.	—	4	4	88⅛ bz.
Niedrschl. Zwgb.	3⅔	5	4	76½ G.
Nordbahn, Hess.	4	—	4	— — —
Oberschl. A.	11⅔	12	3½	184¾ bz.
dito B.	11⅔	12	3½	166 bz.
dito C.	11⅔	12	3½	184¾ bz.
Oest.-Fr. St.-B.	5	—	5	138¾ à ⅞ bz.
Oestr. südl. St.-B.	7½	—	5	94 a ¼ a 94 bz.
Oppeln-Tarnow.	3¼	—	5	73½ bz.
R. Oderuf.-St.-A.	—	—	5	73¾ bz.
R. Oderuf.-St.-Pr.	—	—	5	88 G.
Rheinische	7	—	4	115¾ bz.
dito Stamm-Pr.	7	—	4	— — —
Rhein-Nahebahn	—	0	4	30¼ bz.
Stargard-Posen	4½	4½	4½	93¼ etw. bz. u. B.
Thüringer	—	—	4	130 bz.
Warschau-Wien	8½	—	5	58½ bz.

Bank- und Industrie-Papiere.

Berl. Kassen-V.	8¼	12	4	157½ G.
Braunschw. B.	—	0	4	96½ G.
Bremer Bank	6½	8	4	115⅛ G.
Danziger Bank	7 8/10	8	4	108½ G.
Darmst. Zettelb.	7½	4	4	96 B
Geraer Bank	7⅝	7⅜	4	99½ etw. bz.
Gothaer „	7½	5	4	89¼ B.
Hannoversche B.	4	5⅕	4	77 B.
Hamb. Nordd. B.	9	8½	4	118¼ B.
„ Vereins-B.	8 19/32	10 3/16	4	111 etw. bz. u. G.
Königsberger B.	6½	7 7/10	4	111 G.
Luxemburger B.	6	6	4	78½ bz.
Magdeburger B.	5½	5	4	90 G.
Posener Bank	6½	7½	4	99¼ B.
Preuss. Bank-A.	10 14/15	13⅛	4½	156 bz.
Thüringer Bank	4	4	4	64 B.
Weimar	6½	4¼	4	83 G.
—				
Berl. Hand.-Ges.	8	3	4	110 B.
Coburg. Credb. A.	8½	4	4	70 B.
Darmstädter „	8½	6½	4	83¾ à 84¼ bz. u. G.
Dessauer „	—	0	—	2¼ B.
Disc. Com.-Anth.	6½	8	4	109 B.
Genfer Credb.-A.	—	0	4	21½ bz.
Leipziger „	4	—	4	89¼ etw. bz. u. G.
Meininger „	7	—	4	89¾ etw. bz.
Moldauer Lds.-B.	—	—	4	19 bz.
Oest. Credb.-A.	4½	—	5	79½ à ¾ bz.
Schl. Bank-Ver.	7½	7½	4	112 B.
—				
Minerva	1	—	5	33¾ bz.
Frb. v. Eisenbdf.	5½	10	5	128⅞ bz.

Wechsel-Course.

Amsterdam 250 Fl.	10 T.	143¼ bz.
dito dito	2 M.	142⅝ bz.
Hamburg 300 Mk.	8 T.	151⅜ bz.
dito dito	2 M.	151 bz.
London 1 Lstr.	3 M.	6. 24 bz.
Paris 300 Frcs.	2 M.	81 1/12 bz.
Wien 150 Fl.	8 T.	84⅞ bz.
dito	2 M.	84¼ bz.
Augsburg 100 Fl.	2 M.	56. 24 G.
Leipzig 100 Thlr.	8 T.	99⅚ G.
dito dito	2 M.	99 [illegible] G.
Frankfurt a. M. 100 Fl	2 M.	56. 28 G.
Petersburg 100 S.-R.	3 W.	93¾ bz.
dito dito	3 M.	92⅛ bz.
Warschau 20 S.-R.	8 T.	84⅜ bz.
Bremen 100 Thlr. Gold	8 T.	111⅜ bz.

Berlin, 30. Januar. Weizen loco 90—108 Thlr. nach Qualität. — Roggen loco 77—80pfd. 78¾—79½ Thlr. pro 2000 Pfund bez. — Rüböl loco 10 1/12—⅛ Thlr. bez. — Spiritus loco ohne Faß 19¾ Thlr. bez., pro Januar, Jan.-Febr. und Febr.-März 19 11/12 Thlr. bez., April-Mai 20⅓—¼ Thlr. bez., Mai-Juni 20½ Thlr. bez., Juni-Juli 20⅞—⅚ Thlr. bez.

Breslau, 31. Januar. Bei mäßigen Zufuhren zu stehenden Preisen leicht verkäuflich.

Weizen etwas ruhiger, pr. 84 Pfd schlesischer weißer 109—122 Sgr., gelber 107—118 Sgr., feinste Sorte 2—3 Sgr. über Notiz bezahlt. — Roggen fest, pr. 84 Pfund 90—95 Sgr., feinste Sorte 96 Sgr. bezahlt. — Gerste behauptet, pr. 74 Pfund gelbe 60—61 Sgr., helle 62—63 Sgr., weiße 64—66 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Hafer, fest, pr. 50 Pfund 42—44 Sgr., feinste Sorte über Notiz bezahlt. — Erbsen offerirt. Wicken gefragt, pr. 90 Pfd. 60—65 Sgr. — Oelsaaten wenig zugeführt. — Lupinen beachtet, pr. 90 Pfund gelbe 42—46 Sgr., blaue 40—44 Sgr. — Bohnen gute Kauflust, pr. 90 Pfd. 90—96 Sgr. — Schlaglein leicht verkäuflich. — Rapskuchen unverändert, 62—65 Sgr. Ctnr. — Mais (Kukuruz) 76—81 Sgr.

Kleesaat in fester Stimmung, rothe 12½—14—15¼ Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz, — weiße zumeist in geringen Qualitäten angeboten, 16—20—22 Thlr. pr. Ctr., hochfeine über Notiz.

Thymothee ohne Zufuhr, 8½—9½ Thlr. pr. Ctr.

Kartoffeln pr. Sack à 150 Pfd. 28—38 Sgr., Metze 1¾—2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.